



PROTOKOLL

DER 4. SITZUNG DES EINWOHNERRATES,

8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort **Donnerstag, 30. Juni 2011** **19.00 – 22.00 Uhr**
Aula Rheinfallhalle, Neuhausen am Rheinfall

Präsenz 20 Einwohnerräte (ER)
Gemeindepräsident (GP)
4 Gemeinderäte (GR)
Gemeindeschreiberin
Aktuarin
Rechnungsprüfungskommission (RPK)
Zentralverwalter

Vorsitz ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Entschuldigt -

Protokoll

Das Protokoll der 3. Sitzung vom 5. Mai 2011 hat im Ratsbüro zirkuliert und die Änderungen müssen von der Aktuarin noch eingefügt werden. Die Genehmigung wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Mitteilungen

Keine

Neueingänge

Keine

Traktandenliste

1. Wahl eines Mitglieds der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2009 - 2012
2. Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2010
3. Bericht und Antrag betreffend Sanierung Knoten Zollstrasse/Töbeliweg/ Brunnenwiesenstrasse
4. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Abwassergebühr
5. Postulat Rolf Forster (SVP): Raserei auf der Brunnenwiesenstrasse
6. Interpellation Felix Tenger (FDP): Stromsparen bei der Strassenbeleuchtung
7. Interpellation Willi Josel (SVP): Amtsvormundschaft reformiert?
8. Interpellation Rita Flück Hänzi (CVP): Attraktiviertes und verschönertes Ortszentrum

**Traktandenliste neu**

1. Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2010
2. Bericht und Antrag betreffend Sanierung Knoten Zollstrasse/Töbeliweg/ Brunnenwiesenstrass
3. Bericht zur Kenntnissnahme betreffend Abwassergebühr
4. Postulat Rolf Forster (SVP): Raserei auf der Brunnenwiesenstrasse
5. Interpellation Felix Tenger (FDP): Stromsparen bei der Strassenbeleuchtung
6. Interpellation Willi Josel (SVP): Amtsvormundschaft reformieren?
7. Interpellation Rita Flück Hänzi (CVP): Attraktiviertes und verschönertes Ortszentrum

Die Traktandenliste neu wird genehmigt.

Pendente Geschäfte:

Vorstösse:	Text:	Eingang:	Behandlung ER:	Fristerstreckung:
Volksmotion	Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk		08.12.2005 Volksmotion als erheblich erklärt.	Bis 31.12.2009. 2. Fristerstreckung bis 31.12.2011.
Interpellation	August Hafner SP: Steuergesetzrevision: Ist die gedeihliche Entwicklung von Neuhausen am Rheinfall gefährdet?	11.03.2011	05.05.2011	Pendent: Wird mit dem Budget im Herbst 2011 behandelt.

Pro memoria:

-	-	-
---	---	---

Pendente Geschäfte in nicht ständigen einwohnerrätlichen Kommissionen:

Geschäft	Datiert:	Behandlung ER / Status:
Kommunale Zeitung für Neuhausen am Rheinfall	-	In Arbeit Kommission

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Ich begrüsse Sie zur 4. Einwohnerratssitzung in diesem Jahr. Speziell begrüssen möchte ich die RPK und bereits zum Voraus herzlichen Dank für die geleistete Arbeit.



Aufnahmegerät hat bei den ersten vier Stellungnahmen nicht funktioniert. Die Aktuarin versuchte die Kernaussagen zu Papier zu bringen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Jakob Walter stellt den Antrag, die Wahl eines Mitglieds der Rechnungsprüfungskommission auf eine der nächsten Sitzungen zu verschieben, da momentan keine Person vorhanden ist, die sich zur Wahl stellt.

Der Einwohnerratspräsident nimmt diese Aussage mit Befremdung zur Kenntnis.

ER Felix Tenger (FDP)

Felix Tenger stellt fest, dass die Besetzung von vakanten Positionen in der RPK immer schwieriger wird. Die Anforderungen an ein RPK-Mitglied werden immer grösser und die gesetzlichen Anforderungen nehmen auch stetig zu. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Gemeinderrechnung weiterhin durch eine RPK geprüft wird oder ob eine GPK mit einer externen Revisionsstelle geschaffen werden soll.

ER Willi Josel (SVP)

Willi Josel gibt einige Bemerkungen zur RPK ab und appelliert an den Rat unbedingt eine Wahl durchzuführen, ansonsten müssen wir eine Verfassungsänderung in Betracht ziehen.

Gemeinderat Dino Tamagni

Dino Tamagni möchte unbedingt, dass an der nächsten Sitzung ein neues RPK-Mitglied gewählt wird.

Ab hier hat das Aufnahmegerät wieder funktioniert.

ER Jakob Walter (parteilos)

Klar, eine Abstimmung über meinen Antrag braucht es und der Termin für die nächste Sitzung wäre sicherlich wünschenswert aber auf die andere Seite, wenn aber Ratskollege Einwohnerrat Felix Tenger (FDP) ebenfalls auf die nächste Sitzung ein Postulat oder eine Motion verfasst, dass die RPK in dieser Funktion abgeschafft werden muss, dann macht es nicht sehr viel Sinn noch eine Person für dieses Amt zu suchen.

Gemeinderat Dino Tamagni

Logisch, dem kann ich beipflichten, dass es wahrscheinlich schwierig wird. Der Kreis, in dem zu suchen ist, ist ja relativ beschränkt von der Anzahl her. Es handelt sich hier um diese 20 Personen und ich denke, da müsste halt jemand in den sauren Apfel beißen und sich zur Verfügung stellen und diese Arbeit machen. Da muss sich der Einwohnerrat halt dann zusammenreissen, wenn es parteiübergreifend ist. Da möchte ich schon bitten, dass der Einwohnerrat eine Person stellt, denn so schnell geht es auch nicht, eine GPK ins Leben zu rufen etc. und die Verfassung auch noch ändern.



Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich versuche aufzuzeigen, wie der Weg sein dürfte. Es ist ein Antrag gestellt, auf Änderung der Traktandenliste. Wenn dieser eine Mehrheit findet, dann ist das Traktandum von der Traktandenliste weg. Wenn es nicht verschoben wird, dann müssen Sie heute Abend einen oder mehrere Wahlgänge machen, bis Sie einen Kandidaten oder eine Kandidatin haben und dieser auch die Wahl annimmt. Wenn Sie warten wollen auf einen Vorstoss, dann muss ich darauf hinweisen, dass alleine die Zeit, die es braucht für eine Verfassungsänderung, nicht reicht, dass wir vor Ende dieser Legislaturperiode eine neue Verfassung haben werden. Somit macht es eben durchaus Sinn, dass wir heute Abend oder an der nächsten Sitzung vom 25. August 2011 eine Person wählen. Ich würde es nicht gut finden, wenn für diese wirklich wichtige Kommission, die eine wichtige Arbeit leistet, man sie einfach auf sich gestellt lässt. Mit Blick auf das Budget, das dann jetzt schon bald wieder vor der Türe steht, die grosse Arbeit in einer Minderbesetzung alleine gemacht werden muss. Das kann es wohl nicht sein. Ich möchte noch darauf hinweisen, wenn Sie etwas anderes machen wollen, also in der nächsten Legislaturperiode, eine GPK, dann ist es immer noch eine wichtige Kommission. Der finanztechnische Bereich würde einfach abgeschnitten werden und extern vergeben werden. Ob das gut oder schlecht ist, möchte ich heute Abend nicht allzu lange diskutieren. Es ist so, wir haben Gemeinden im Kanton, die haben diese Lösung, diverse haben das. Wir haben auch Gemeinden, die haben unsere Lösung. Es kommt immer darauf an, wie ernst man das nimmt. Wenn der Einwohnerrat derart Mühe hat, die Kommission zu besetzen, dann sollte das mindestens ein Anlass sein für den Einwohnerrat sich Gedanken zu machen, ob diese Kommission richtig ist. Dann denke ich, ist die Diskussion sicherlich richtig aber nicht jetzt an dieser Stelle. Jetzt müssen Sie zuerst einmal abstimmen, ob es eine Änderung der Traktandenliste gibt oder nicht. Je nach dem kommen wir dann direkt zur Rechnung oder wir haben einen interessanten Wahlgang vor uns.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Es ist der Antrag gestellt, das Traktandum 1 von der Traktandenliste abzusetzen.

Dieses Traktandum wird mit 16 : 4 Stimmen auf die nächste Sitzung verschoben.

Ich schlage Ihnen somit vor, dass wir diese Wahl an der nächsten Sitzung durchführen werden.

ER Felix Tenger (FDP)

Nachdem ich jetzt von keiner Fraktion Widerspruch gehört habe bezüglich einer Diskussion, dass die RPK allenfalls ausgelagert werden soll, werde ich eine Motion mit dem entsprechenden Inhalt machen, dann können wir diese dann direkt auch an der nächsten Sitzung mitdiskutieren.



TRAKTANDUM 1 Wahl eines Mitglieds der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2009 - 2012

Dieses Traktandum wird mit 16 : 4 Stimmen auf die nächste Sitzung verschoben.

Das Geschäft ist somit vorerst erledigt.



TRAKTANDUM 2 Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2010

Gemeinderat Dino Tamagni

Die Budgetsitzung des Gemeinderates vom 25. August 2009 war alles andere als erfreulich. Nach stundenlangem Ringen fiel die Prognose für 2010 schlecht aus. Der aus den Beratungen hervorgehende Aufwandüberschuss betrug Fr. 1.6 Mio. Bei der Präsentation der Zahlen wurde jedoch darauf hingewiesen, dass Neuhausen am Rheinfall kein strukturelles Defizit aufweist und dass nicht auf Dauer mit Defiziten gerechnet werden muss. Dennoch sah sich der Gemeinderat veranlasst, dem Einwohnerrat den Wegfall des Steuerrabattes von 1 % zu beantragen.

Gerne hätte Ihnen das Finanzreferat verkündet, dass der Gemeinderat zu vorsichtig budgetiert hat und wie in vergangenen Jahren ein positives Ergebnis resultiert hat.

Ohne in Jubel auszubrechen, kann Ihnen heute jedoch ein um rund eine halbe Million Franken besseres oder weniger schlechtes Ergebnis präsentiert werden. In Zahlen ausgedrückt beträgt das Defizit etwas über Fr. 1.1 Mio.

Auf den ersten Blick kann festgestellt werden, dass es den Steuereinnahmen zu verdanken ist, welche einen noch höheren Verlust abgewendet haben. Damit konnte im Vorfeld nicht gerechnet werden, da es einerseits galt, die Auswirkungen des wirtschaftlichen Abschwungs der Jahre 2008 und 2009 und andererseits die Effekte der Teilrevisionen des Steuergesetzes im 2007 für juristische und 2008 für natürliche Personen sowie des Ausgleichs der kalten Progression im 2010 zu berücksichtigen. Zusammen mit der Quellensteuer konnte insgesamt nach Abzug der in diesem Zusammenhang stehenden erlassenen Steuern ein um Fr. 2.3 Mio. besseres Resultat erreicht werden. Dabei gilt es zu betonen, dass sowohl die Erwartungen bei den juristischen sowie auch bei den natürlichen Personen um je Fr. 1.1 Mio. das Budget übertroffen haben.

Diese Mehreinnahmen waren umso mehr von Nöten, weil der Sachaufwand um Fr. 600'000.00 höher und die Einnahmen aus Entgelten um rund Fr. 2 Mio. tiefer ausfielen.

Der ausgewiesene Ausgabenüberschuss von rund Fr. 1.125 Mio. soll, sofern der Einwohnerrat damit einverstanden ist, mit dem Kapitalausgleichskonto verrechnet werden, so dass das Eigenkapital neu Fr. 3'484'321.64 beträgt.

Die Abschreibungen konnten in der Höhe getätigt werden, wie sie geplant wurden. Dies wiederum spiegeln das Verhältnis zwischen Budget und Rechnung bei den Investitionen. Innerhalb der Abschreibungen kam es jedoch zu Verschiebungen. Die ordentlichen, degressiven Abschreibungen des Verwaltungsvermögens betragen knapp Fr. 1.528 Mio. und erfüllen die rechtliche Norm des Gemeindegesetzes von wenigstens 10 % auf Immobilien und 20 % auf Mobilien nur im Zusammenhang mit der ausserordentlichen Abschreibung des Altersheims Rabenfluh. Diese zusätzlichen Abschreibungen sind notwendig, weil die Altersheime sich für die zukünftige Sanierung des Schindlerguts fit machen müssen. Zusammen mit den ordentlichen, linearen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens von etwa Fr. 2 Mio. – diese wurden anhand der Kreditfreigabe durch die jeweilige Kompetenzbehörde stipuliert – ergibt sich ein Abschreibungssatz von 6.1 %. Die weiteren ausserordentlichen Abschreibungen der WC-Anlagen Nohlwiese und Laufenareal waren eine Folge des Verkaufs an den Kanton. Das Finanzvermögen konnte indes zum üblichen Satz abgeschrieben werden. Somit resultiert ein gemischter Abschreibungssatz von 8.7 %.

Die Speisung des Gemeindeentwicklungsfonds geschieht im Umfang eines Landverkaufs, die Entnahmen anhand der Budgetvorgaben.

Wiederum auffällig für das Jahr 2010 ist die stattliche Anzahl der Nachtragskredite. Die Praxis des Gemeinderates hat sich aber bewährt, dass im Budget der Unterhaltsbereich bewusst knapp bemessen wird, sodass im laufenden Jahr nur die absolut nötigen und unvorhersehbaren Anschaffungen mittels des Instruments "Nachtragskredit" getätigt werden. Der Vorteil dieser Praxis liegt darin, nicht auf Vorrat Unterhaltsarbeiten oder Anschaffungen zu machen, birgt jedoch die Gefahr der zeitlichen Verzögerung bei Instandstellungen.



Die Summe aller 35 Nachtragskredite der laufenden Rechnung betrug zirka Fr. 560'000.00. Die 4 Investitionsnachtragskredite schlugen mit rund Fr. 350'000.00 zu Buche.

Der Personalaufwand blieb mit Fr. 100'000.00 Franken unter Budget. Ausschlaggebend dafür war die Differenz des Teuerungsindex vom Zeitpunkt der Budgetierung bis zur Festlegung. Dieser sank von 0.3 % auf null. Damit veränderte sich die Gesamtlohnsumme nicht um 1.2 % sondern nur um 1 % nach oben, was in etwa die Minderausgaben erklärt.

Die Wasserwerke konnten die gestellten Erwartungen nicht erfüllen. Die Wasserversorgung wies zwar einen Überschuss aus, blieb jedoch mit über Fr. 200'000.00 unter den geplanten Einnahmen. Der Trend zum Wassersparen hält nach wie vor an, dies ist zwar vorbildlich, schmälert jedoch den Erfolg, weil die Kosten für einen hohen oder tiefen Wasserverbrauch die selben bleiben. Die Gaswerke haben insgesamt ihr Soll erfüllt, konnten jedoch nicht die geplante Bruttomarge erreichen.

Als Sorgenkind muss weiterhin die Entsorgung des Grünabfalles bezeichnet werden. Der Gemeinderat sah für 2010 eine verursachergerechte und damit ausgeglichene Rechnung vor. Die Ausarbeitung der Vorlage an den Einwohnerrat hatte sich verzögert, darum figuriert unter dieser Position ein Fehlbetrag von Fr. 250'000.00. Unterdessen ist jedoch der Gemeinderat den Vorgaben des Bundes nachgekommen und hat die Vorlage dem Einwohnerrat unterbreitet. Ein Entscheid steht jedoch noch aus, weil das fakultative Referendum gegen den Vorschlag des Gemeinderates bzw. des Einwohnerrates ergriffen wurde. Deshalb läuft die Gemeinde wieder Gefahr, dass die Budgetvorgaben für 2011 wieder nicht erfüllt werden können, ja sogar noch negativer abweichen können, weil die in der gesamten Vorlage festgelegten tieferen Schwarzabfallansätze angenommen werden können.

Sorgenkind Nr. 2 ist klar die Abwasserreinigung. Nachdem 2009 dieses Konto rund Fr. 700'000.00 minus auswies, also etwas über zwei Steuerprozente, wollte der Gemeinderat mit einer Änderung des Abwassertarifes dies für 2010 korrigieren. Der Bericht und Antrag an den Einwohnerrat wurde jedoch aus Kapazitätsgründen verschoben, so dass auch für 2010 ein negatives Resultat von einer halben Million Franken ausgewiesen wird. Der Gemeinderat hat jedoch in seiner Kompetenz liegend vor kurzer Zeit die Gebühren so angepasst, dass der Betriebskostenanteil der ARA Röti für 2011 ausgeglichen werden kann. Fakt ist jedoch, dass die Einnahmen sich analog des Wasserverbrauches richten, dieser immer weniger wird und dadurch der Deckungsbeitrag nicht mehr vorhanden ist. Der Gemeinderat und der Einwohnerrat sind in Pflicht genommen, hier Anpassungen vorzunehmen, damit das Bundesrecht zur ausgeglichenen Rechnung respektiert werden kann.

Im Sozialbereich ist im Vergleich zu 2009 zwar eine deutliche Steigerung sichtbar, diese fiel jedoch nicht ganz so heftig aus wie erwartet.

Die zusätzlichen Abschreibungen bei den Alters- und Pflegeheimen wirken sich natürlich um diesen Teil auch negativ auf dieses Konto aus. Die Defizitbeteiligung durch die Gemeinde und den Kanton erfolgt verzögert im Folgejahr über das Konto 5708, Beiträge für Alterspflege in Heimen. Zum Zeitpunkt der Budgetierung, im August 2009, war der vorgeschriebene Verrechnungsmodus nach der kantonalen Pflegeverordnung noch nicht bekannt. Deshalb stellt sich ein direkter Vergleich von Rechnung und Budget genannter Konten etwas kompliziert dar.

Die Budgetvorgaben von Fr. 4.3 Mio. bei den Investitionen wurden lediglich um Fr. 130'000.00, inklusive der Nachtragskredite, überschritten, was in etwa einer Punktlandung gleich kommt.

Die hohe Liquidität erlaubte es, im Rechnungsjahr Schulden von Fr. 4.5 Mio. zurückzuzahlen. Die tiefere Verschuldung und die noch immer anhaltenden tieferen Zinsfüsse haben nochmals zu einer gut erträglichen Kapitalzinslast beigetragen.



Zu danken habe ich dem Zentralverwalter, der in gewohnt speditiver und zuverlässiger Weise die Rechnung erstellt hat und der Gemeindeschreiberin für das bewährte Anfertigen des Geschäftsberichtes. Ebenfalls danke ich meiner Kollegin und meinen Kollegen im Gemeinderat sowie der Gemeindeverwaltung für die Ausgabendisziplin.

Anschliessend zeigt GR Dino Tamagni noch ein paar Folien.

Hans Schärrier, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Die Rechnungsprüfungskommission hat die Rechnung 2010 gemäss Revisionsplan eingehend geprüft.

Einem budgetierten Aufwandüberschuss von fast Fr. 1.6 Mio. steht ein Aufwandüberschuss von Fr. 1.125 Mio. gegenüber. Die Rechnung schliesst somit um über eine halbe Million besser ab als im Budget vorausgesagt. Dies ist an sich erfreulich. Der Finanzreferent hat uns in seinem Eintretensvotum eingehend informiert, wie und warum dieses Resultat zu Stande gekommen ist. Mir bleibt da nicht mehr viel anzufügen.

Interessant ist, dass wir bei den Steuereinnahmen ein Plus von gegen Fr. 2.2 Mio. ausweisen, die Rechnung aber nur um ca. Fr. 0.5 Mio. besser als das Budget abschliesst. Die Gebühreneinnahmen sind eben gesunken und beim Aufwand haben wir um Fr. 0.5 Mio. zugelegt haben. Wir stellen fest, dass die Gemeinde z.Z. nicht in der Lage ist, die Ausgaben mit den ordentlichen Einnahmen zu decken. Nicht neu, wir haben das ja so budgetiert. Der ausgewiesene Verlust zeigt aber nicht die ganze Wahrheit. Der Zugriff auf die Reserven ist eben grösser als die ausgewiesenen Fr. 1.125 Mio. Wir entnehmen wie budgetiert aus dem Gemeindeentwicklungsfonds per Saldo ca. Fr. 0.4 Mio. und durch Auflösen von Rückstellungen - wir werden dazu zum Teil gezwungen, teilweise war das geplant - gewinnen wir weitere Fr. 600'000.00. So gesehen fehlen uns zur Deckung der laufenden Ausgaben eben Einnahmen von über Fr. 2 Mio. Aus unserer Sicht ist es richtig, auf geäußnete Reserven zugreifen, wenn die momentane finanzielle Situation dies erfordert. Der Zugriff auf Reserven wird aber nur funktionieren, solange es noch Reserven gibt. Es ist auch nicht so, dass der derzeitige Zustand einfach als einmaliges Ereignis dargestellt werden kann. Ein Blick auf die Kennzahlen, wohlgermerkt auf die mittelfristigen Trends, zeigt deutlich, dass Handlungsbedarf besteht. Auch der Finanzplan zeigt in diese Richtung. Einfach so weiter zu kutschieren geht also nicht. Wir kennen das Geheimrezept auch nicht; uns ist klar, dass es nicht ohne heftige Diskussionen und schmerzhaft Eingriffe geht.

Immerhin: Fr. 3.4 Mio. Eigenkapital, und Fr. 4.5 Mio. im Fond für Gemeindeentwicklung, Alles in allem Reserven von ca. Fr. 8 Mio. Der derzeitige Finanzplan zeigt aber, dass wir ohne dieses Polster nicht über die Runden kommen werden.

Im Bereich Abfallbeseitigung bestehen die durch Steuergelder zu begleichenden Unterdeckungen weiterhin. Auch im Bereich Abwasser ist der Aufwand 2010 nicht vollständig durch Gebühren gedeckt. Der Gemeinderat hat aber reagiert und entsprechende Anpassungen eingeleitet. Es liegt auch eine Vorlage zur Bereinigung der Situation bei der Abfallentsorgung vor. Es wird sich dann weisen, wie die Bevölkerung zur Sache entscheiden wird. Die RPK ist verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass gemäss gesetzlichen Vorgaben in diesem Bereich eine Subventionierung durch Steuergelder eigentlich nicht zulässig ist.

Etwas zu denken gibt uns auch der starke Anstieg bei den erlassenen bzw. uneinbringlichen Steuern. Die „Ausstände“ bzw. „Verluste“ sind weiter angestiegen. Letztes Jahr wurde der Anstieg damit erklärt, dass ja auch das Steuervolumen angestiegen sei und somit der prozentuale Anstieg nicht derart gross sei. Für 2010 gilt diese Erklärung unseres Erachtens nicht mehr. Der Steuerertrag ist gegenüber 2009 gesunken, die Restanzen sind aber munter weiter angewachsen!

Wir bedanken uns bei der Zentralverwaltung und dem Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit. Herzlichen Dank allen weiteren Personen, welche bei der Gemeinde mitarbeiten und aktiv zur guten Budgetdisziplin beitragen.



Abschliessend stelle ich im Namen der RPK fest, dass die Rechnungslegung den Vorschriften über den Gemeindehaushalt und des Rechnungswesens entspricht. Die Abschreibungen und Rückstellungen erfolgen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften.

Die RPK beantragt auf die Rechnung einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Eintretensdebatte:

ER Priska Weber-Widmer (SP)

Obwohl budgetiert, habe ich persönlich gehofft, dass ich an meiner letzten Sitzung trotzdem nicht die Fraktionserklärung der SP zur Rechnung mit dem Abschlussergebnis der Parteifarbe (also rot) abgeben muss.

Trotzdem fällt der Rechnungsabschluss mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1'125'628.00 besser aus als budgetiert. Es ist uns nicht entgangen, dass wider erwarten mehr Steuern eingenommen wurden als budgetiert, aber die Konten erlassene und uneinbringliche Steuern und AHV-Beiträge umso mehr bedenklich hoch ausgefallen sind. Ist es nicht so, dass mit der Ausgliederung der Steuerverwaltung an den Kanton das Persönliche der Gemeinde verloren gegangen ist? Und wenn man nur noch eine Nummer ist, ist es doch leichter den Pflichten gegenüber der Gemeinde weniger nachzukommen.

Bemerkt wurde auch, dass ein rechter Teil aus dem Gemeindeentwicklungsfond entnommen wurde. Einen Hinweis: Den grössten Brocken haben die zwei Konten Tourismus und Industrie, Gewerbe plus Handel erhalten.

Eine Detailberatung ist gewünscht. Wir hätten noch Fragen und Hinweise zu gewissen Konten. Den Anträgen wird soweit zugestimmt. Im Wissen darum, dass es im Herbst bei der Budgetberatung umso härtere Verhandlungen geben wird.

Ein ganz herzliches Dankeschön geht auch an meine Kollegen der RPK und der Zentralverwaltung für die gute Zusammenarbeit. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Auch wir begrüssen es, dass die Rechnung besser abgeschlossen hat als budgetiert. Wie auch schon gesagt wurde, darf man nicht vergessen, dass die Ausschläge, die es bei einzelnen Kapiteln in der Rechnung gab, deutlich höher ausgefallen sind als jetzt diese knappe halbe Million, die wir besser abgeschlossen haben. Wir haben auch schon gehört, dass es hauptsächlich an den Steuern liegt, da diese besser ausgefallen sind, als wir es erwartet haben und grade bei den Steuern kann man es ja nicht so steuern, wie es nächstes Jahr wieder sein wird. Gerade bei den Ausschlägen in die andere Richtung wurde auch schon der Grünabfall erwähnt und mit Hinblick auf die Volksabstimmung, die da kommen wird, muss man sich schon fragen, können wir diese Abweichung vom Budget nicht noch ein- zweimal mehr sehen als jetzt schon. Wir werden noch einige Punkte in der Detailberatung haben, werden aber den Anträgen zustimmen.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Mit viel Interesse wurde die Rechnung 2010 von der CVP analysiert. Der Aufwandüberschuss von über Fr. 1.1 Mio. lässt uns nicht jubeln, jedoch ein kleiner Jauchzer entfällt unseren Lippen doch, da die Rechnung eine halbe Million besser abschloss als budgetiert.

Erfreulich ist auch das Plus von Fr. 2.2 Mio. an Steuereinnahmen, die mehr als budgetiert in die Neuhauser Kasse flossen.



Da haben auch die juristischen Personen zum besseren Ergebnis beigetragen. Deshalb gilt es den Bestehenden Sorge zu tragen und für Neuansiedlungen weiterhin attraktiv zu bleiben um weiterhin von diesem Steuersubstrat profitieren zu können.

Weniger erfreulich ist jedoch, dass es nach wie vor etliche Leute gibt, die die Steuern nicht bezahlen. Man kann fast von einem Trend sprechen! Hier gilt es für den Gemeinderat entsprechend Gegensteuer zu geben.

Neuhausen entwickelt sich mehr und mehr zu einer attraktiven Gemeinde. Vieles wurde schon realisiert. Viel Geld kostete die Gemeinde das Schulmodell "Neuhausermodell", das sich sehr erfreulich entwickelt und auch etabliert hat. Wir haben sehr gute ÖV-Verbindungen und natürlich das verschönerte Ortszentrum, das wir demnächst einweihen dürfen.

Meine Damen und Herren, um Früchte ernten zu können, muss auch investiert werden. Von nichts kommt nichts!

Darum bin ich der festen Überzeugung, dass sich das früher oder später bezahlt macht, in Neuhausen wohnen zu können.

Ein herzliches Dankeschön gilt allen Steuerzahlern, dem Gemeinderat und vor allem der Zentralverwaltung für die geleistete Arbeit. Die CVP wird den Anträgen zustimmen und bei der Detailberatung werden wir uns zu Wort melden.

ER Willi Josel (SVP)

Auch wir danken allen, die an der Rechnung mitgearbeitet haben. Von der Zentralverwaltung bis zur Gemeinde und der RPK. Es wurde gut gemacht. Herzlichen Dank. Wir werden die Rechnung annehmen und den Anträgen zustimmen, was bleibt uns anderes übrig. Wir müssen mit dem Defizit leben. Es hat sich gezeigt bei der Budgetdiskussion, als wir den Steuerrabatt bei 1 % festgesetzt haben, dass das sehr wichtig und richtig war, denn sonst wäre das Defizit noch grösser ausgefallen. Zu einer Aussage, die im Bericht der RPK vorkam. Es wird geschrieben, die Entnahmen aus dem Gemeindeentwicklungsfonds von total Fr. 6'15'000.00 entsprechen den Fondszwecken und werden gutgeheissen. Ich frage mich ob dann ein Beitrag an die Schifffahrtsgesellschaft oder an den Naturschutz beides wichtig sei und ob das dem Zweck entspricht. Es ist nun einmal so. Es ist besser man nimmt das Geld von einem Stapel herunter, wenn man es schon hat, als dass man noch Schulden macht. Wir stimmen aber der RPK ausdrücklich zu, wenn sie von einem negativen Trend sprach, das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen und wir werden nicht darum hinkommen, angesichts der grossen Kosten, die auf uns zukommen, dass wir hier Einnahmen generieren müssen und man muss sich überlegen, ob man an sich bei dieser Gesamtsituation den Steuerrabatt nochmals gewähren soll oder nicht. Gezwungenermassen stimmen wir zu und hoffen, dass es in den nächsten Jahren wieder besser aussehen wird. Wir haben in der Detailberatung noch ein paar kleine Fragen.

ER Felix Tenger (FDP)

Die Fraktion der FDP hat wie jedes Jahr die Rechnung intensiv diskutiert und analysiert. Wir haben mehrere Feststellungen getroffen. Einerseits, die Rechnung ist tiefrot ausgefallen, allerdings liegt das Resultat im Bereich der Erwartungen, im Bereich der Bandbreite, die auch vom Gemeinderat erwartet wurde. Sie ist ja eigentlich etwas besser ausgefallen als budgetiert. Das bessere Resultat ist vor allem auf bessere Steuereinnahmen zurückzuführen. In der Grössenordnung von ca. Fr. 2.5 Mio. Das zeigt, dass auch der neue Finanzreferent bei den Steuereinnahmen sehr konservativ budgetiert. Er hat uns das auch nochmals auf der Leinwand sehr anschaulich präsentiert. Wir wollen ihm das nicht verübeln, wahrscheinlich gehört das einfach zur Funktion des "Finanzministers" etwas schwarz zu malen. Diese Mehreinnahmen wären eigentlich grundsätzlich erfreulich. Das Unerfreuliche ist, dass diese Mehreinnahmen dann gleich wieder eliminiert worden sind, durch entsprechende Mehrausgaben. Wie gewonnen so zerronnen, könnte man hier sagen. Offensichtlich ist bei den



Ausgaben einfach keine Stabilisierung in Sicht. Diese Positionen steigen einfach Jahr für Jahr weiter an. Es ist uns sowieso grundsätzlich aufgefallen, dass bei etlichen Positionen die Budgetdisziplin offensichtlich etwas nachgelassen hat. Ich habe diverse Positionen angestrichen, wo die Rechnung einiges schlechter abgeschlossen hat, als budgetiert wurde. Da würde mich einfach ganz generell interessieren, ob das auf mangelndes Controlling zurückzuführen ist oder wie diese Häufung zu erklären ist. Im Weiteren würde mich interessieren, welche Konsequenzen für die Gemeinderäte allenfalls bei einer solchen Budgetüberschreitung entstehen. In der Privatwirtschaft gibt es jeweils Bonuskürzungen oder weniger Lohn. Dass das beim Gemeinderat so ist, das möchte ich auch nicht. Das möchte ich hier gleich betonen. Mich würde einfach interessieren, wie das im Gemeinderat so gehandhabt wird. Ich finde schon, dass der Finanzreferent ohne weiteres hier einmal auf den Tisch klopfen könnte. Er muss ja nicht gleich einen Hosenlupf wagen. Die Kennzahlen haben sich verschlechtert. Das ist aber nicht weiter verwunderlich, bei einem negativen Resultat rutschen dann natürlich auch die Kennzahlen ins Minus resp. verschlechtern sich dann deutlich. Wichtig ist jetzt natürlich auch die Weiterentwicklung und das ist nicht nur für die Region Neuhausen am Rheinflall, Schaffhausen oder gar der Schweiz von Interesse, sondern wir müssen auch hier in Neuhausen am Rheinflall europäisch denken. Wir sind auch Teil der globalisierten Welt. Wenn die Griechen schwächeln oder krank sind, laufen wir auch hier in Neuhausen am Rheinflall Gefahr, einen Schnupfen zu kriegen. Wir hoffen jetzt einfach, dass sich der Euro wieder einigermaßen stabilisieren könnte, sonst bin ich überzeugt, werden wir in ein bis zwei Jahren über ganz andere Zahlen diskutieren müssen auf der Einnahmenseite, weil viele juristische Personen im Exportbereich tätig sind und dann sicher Probleme kriegen werden. Hoffen wir, dass es nicht soweit kommt, aber ich denke, wir müssen wachsam bleiben. Die FDP beantragt Eintreten in die Detailberatung. Wir werden den Anträgen zustimmen und haben in der Detailberatung noch einzelne Fragen.

Gemeinderat Dino Tamagni

Besten Dank für Ihr wohlwollendes Aufnehmen der Rechnung und des Berichtes. Vielleicht wäre es gut, noch kurz auf die gestellten Fragen und in den Raum gestellten Erwägungen von Ihnen kurze Antworten zu geben. Von verschiedenen Parteien ist das Votum von den uneinbringlichen Steuern gefallen. Dazu kann ich nur sagen, wenn mehr Steuern fließen gibt es auch normalerweise ein höheres Delkredere und auch mehr Debitorenverluste. Wir haben aber bei uns leider kein Delkredere, so dass wir etwas einplanen könnten. Das zweite ist natürlich auch, dass es bei Veranlagungen gewisse Personen gibt, die ihre Steuererklärung nicht einreichen, diese dann eingeschätzt werden und weil sie gar nichts besitzen, dann wiederum abgeschrieben werden. Ein Mechanismus, der halt so funktioniert. Der dritte Punkt ist natürlich auch dieser, dass wir in der Zusammensetzung der Bevölkerung von Neuhausen am Rheinflall halt gewisse Personen haben, die ihre Steuern einfach nicht bezahlen wollen, können oder wie auch immer. Das setzt dann den ganzen Betrag so zusammen. Da muss man aber wiederum sagen, die Kantonale Steuerverwaltung macht da wirklich eine sehr gute Arbeit. Der Betreibungs- und Forderungslauf geht normal wie bei anderen Geschäften auch oder einem normalen Unternehmen. Da wird betrieben, weitergemacht etc. bis zum Verlustschein. Wenn's dann wirklich nicht geht und die Leute gar nie eine Chance haben um zu Vermögen oder Einkommen zu kommen, dann kommen diese Erlassgesuche zum Finanzreferent Neuhausen am Rheinflall. Dieser muss diese dann prüfen und wieder zurückgeben und dieser entscheidet, besteht eine Chance oder besteht keine. Bis zu Fr. 500.00 muss er selbst entscheiden und was darüber ist, entscheidet der Kanton mit einer Vernehmlassung mit. Da kann wirklich nichts passieren. Das kann ich Ihnen versichern. Die Liste wird auch immer sukzessive durchgegangen, weil man eben diese Leute auch kennt. Deshalb sind wir hier ja auch ein kommunales Parlament. Da kann man auch ein bisschen ahnen, wer ist wo und vielleicht kennt man den einen oder andern und weiss, dass er vielleicht einen Mercedes gekauft oder geleast hat. Ich kann Ihnen versichern, da schauen wir zweimal drauf. Dann zur ÖBS betreffend Grünabfall. Da hoffe ich natürlich als Finanzreferent, dass da Überzeugungsarbeit gemacht wird, wenn dann die



Abstimmung kommt, die Ausfälle in diesem Bereich (Schwarzabfall) dann nicht umgekehrt kommen, als vom Gemeinderat vorgeschlagen. Die CVP hat noch Investitionen angesprochen. Wir müssen weiterhin Investitionen machen. Das ist natürlich schön, wenn wir das machen können. In den letzten 10 bis 15 Jahren haben wir sehr viel investiert und unseren Schuldenberg auch angehäuft etwa auf Fr. 45 Mio. Im Verhältnis zur Stadt sind wir verhältnismässig höher als Schaffhausen. Was noch auf uns zu kommt, das wissen wir, das Schindlergut, das Kirchackerschulhaus. Das sind sicher noch grössere Sachen, die angeschaut werden müssen. Im Millionenbereich. Im Angesicht, dass die Wirtschaftslage nicht unbedingt rosig ist, muss unter Umständen da auch der Rotstift, wenn es notwendig ist, angesetzt werden. Das wäre dann schon mal eine Konsequenz. Bei den Ausgaben. Es ist schön, wenn man immer die Abweichung zur Vorjahres- oder Vorvorjahreszahl machen kann und sagen kann, es ist eine gewisse Erhöhung da drin, aber ich muss Ihnen auch sagen, bei der Budgetierung versucht der Gemeinderat immer mit der Vorgabe der Vorjahreszahlen den Sachaufwand zu stipulieren. Wir haben noch nie irgendein minimales Prozent einer Teuerung eingerechnet bei den Sachaufwänden und das seit 10 Jahren. Da können Sie mal den Konsumentenindex anschauen. Da ist schon etwas gegangen. Wir haben nie etwas dazugerechnet sondern eher immer sparsam geschaut. Dann kann es aber durchaus vorkommen, dass einmal etwas teurer geworden ist und dann auch darüber läuft. Die Konsequenzen müssten wir uns dann allenfalls überlegen, wenn es so weitergehen würde. Das hoffen wir natürlich nicht, sondern wir hoffen, dass die Steuern weiterhin so fliessen und wir das hier auffangen können und ansonsten werden wir das beim Budget 2012 wohlweislich in Angriff nehmen müssen. Übrigens das diesjährige Budget hat noch Gemeindepräsident Stephan Rawyler gemacht. Er hat zwar konservativ budgetiert. Wobei die Angaben kommen von der kantonalen Steuerverwaltung, aber letztendlich entscheidet der Gemeinderat, wie hoch diese Steuern ausfallen werden oder werden sollen oder wir uns dies wünschen. Ich denke, es ist besser, wenn wir etwas darunterliegen und es kommt dann etwas mehr. Schlecht wäre, wenn ich es Ihnen umgekehrt präsentieren würde und wir würde dann ein Defizit von Millionen präsentieren. Bei der SVP zum Gemeindeentwicklungsfonds. Hier kann ich nur sagen: Das sind würdige Gemeindeentwicklungsprojekte, wie man es so schön sagen kann. Ich denke, das sind auch kleinere Beträge. Die höheren Beträge sind dann auch wirklich berechtigt. Man muss auch sagen, dass der Gemeindeentwicklungsfonds immer wieder gespeist wird. Es kann sein, dass momentan etwas mehr herausgenommen wurde, aber es kann auch sein, dass wieder etwas mehr hineingegeben wird, zumal auch der Forderung damals von der SP, die Liegenschaftsverkäufe der SIG laufen sowieso in den Fonds hinein. Besten Dank.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Laut Ihren Voten ist Eintreten unbestritten, dann gehen wir zur Detailberatung.

Detailberatung.

ER Arnold Isliker (SVP)

Rechnung 2010, Seite 23, Konto 0902 Restaurant Schützenstube

Wie wir sehen, sind die Ausgaben beträchtlich gestiegen im Vergleich zum Voranschlag 2010. Ich stelle mir die Frage, ob bei einer Neuverpachtung über eine Schliessung des Restaurants nachgedacht werden müsste. Wie wir sehen, hat auch die Stadt Schaffhausen Mühe mit Ihren Restaurants um die Kosten zu decken. Ich spreche da auch als Energiestadt Neuhausen am Rheinflall. Die Gebäudehülle des Restaurants ist in einem desolaten Zustand und da werden noch etliche Kosten auf uns zukommen. Man könnte auch an eine Verpachtung oder Vermietung an einen Verein als Vereinslokal nachdenken. Es kann nicht angehen, dass wir dem heutigen Trend



entsprechen, dass die Landrestaurants einfach nicht mehr so stark frequentiert werden wie früher. Es müsste darüber nachgedacht werden, dass man das Schützenhaus anders verwenden könnte.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Der Gemeinerat nimmt den Hinweis von Einwohnerrat Arnold Isliker gerne auf und wird bei einem nächsten Wirtewechsel, zurzeit zeichnet sich keiner ab, die Gedanken gerne aufnehmen. Man hat bereits früher solche Gedanken geprüft und hat sie dann wieder verworfen, weil man der Ansicht war, dass man einen gewissen Service für die Bevölkerung, namentlich die Freunde der Kynologie, die waren dort anzutreffen, bieten sollte. Es ist auch uns nicht entgangen, dass verschiedene Clubhäuser dort mehr oder weniger öffentlich zugänglich sind. Wir werden das bei einem nächsten Wirtewechsel sicherlich anschauen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Rechnung 2010, Seite 29, Konto 1050 Bürgerrechtswesen

Es geht wieder um die hohen Kosten, die wir für das Bürgerrechtswesen ausgeben. Einwohnerrat Willi Josel, es tut mir leid, wenn du demnächst aus dem Rat zurücktrittst, aber wir müssen diese Verfassung revidieren. Das ist sicherlich ein Punkt, den wir uns auch überlegen müssen und ob es uns dieser Luxus wert ist.

Gemeinderat Christian Di Ronco

Die Zahlen täuschen ein wenig und zwar aus folgendem Grund. Wir haben ja verschiedene Tranchen, bei denen die Einbürgerungen stattfinden und die erste Tranche für 2010 wurde eben schon in 2009 fakturiert. Du müsstest eigentlich noch Fr. 20'000.00 zurückschieben und dann stimmt das Verhältnis wieder. Noch ein Hinweis wegen dem "sackteuren" Bürgerrechtswesen. Wir haben das diskutiert und haben auch entsprechende Massnahmen getroffen. Die Personen, die eingebürgert wurden, gingen ja auch zurück. Aufgrund dessen haben wir weniger Aufwand von der Bürgerkommission. Wir haben das im Jahr 2011 mit einem tieferen Satz budgetiert. Ich habe mir die Zahlen geben lassen. Wir sind da voll auf Kurs. Auch deshalb, weil die ganze Orientierungsarbeit für die Leute, die sich einbürgern lassen wollen, neu überarbeitet ist, auch in Bezug auf das Deutschsprechen. Wir erwarten mehr Deutsch, weshalb auch weniger Gesuche gestellt wurden. Die Zahlen gehen somit zurück und der Sachaufwand wird dann auch zurückgehen. Ich habe ein Auge darauf!

ER Arnold Isliker (SVP)

Rechnung 2010, Seite 23, Konto 1139 Markt- und Verwaltungspolizei, Konto 437.00 Bussen

Ich sehe, die starke Hand wirkt. Wir erreichen bald das Ziel, das für das Budget 2011 gesteckt wurde. Ich habe schon ein paar Mal erwähnt, dass kleinlich bis sehr pingelig Bussen ausgesprochen werden. Ich hoffe, dass wenn wir das Ortszentrum eingeweiht haben, dass dann die Kontrollen für die kleinhirnigen Tempobolzer erhöht werden. Was da abgeht jeden Abend auf der Zentralstrasse, sollte durch Ihre Gesetzeshüter bestraft werden. Da können Sie lockere Fr. 110'000.00 bis Fr. 150'000.00 generieren. Was da jeden Abend bis in die frühe Morgenstunde passiert!

ER Marco Torsello (FDP)

Rechnung 2010, Seite 33, Konto 1400 Feuerwehr

Mich würde interessieren, worauf die rd. Fr. 50'000.00 Mehrausgaben zurückzuführen sind. Hat das ebenfalls mit den Besoldungen der 1100-Jahr-Feier zu tun?

ER-Vizepräsident Renzo Loiudice (SP)

Rechnung 2010, Seite 33, Konto 1200 Friedensrichteramt

Wie ist das jetzt? Der Friedensrichter fällt weg. Zahlt jetzt Neuhausen am Rheinfall etwas an den Kanton für eine eigentlich kantonale Aufgabe?

Gemeinderätin Franziska Brenn

Zur Frage von Einwohnerrat Arnold Isliker. Er kritisiert, dass zu viele Bussen ausgesprochen werden und dass der Verkehr am Abend zu wenig kontrolliert wird auf der Zentralstrasse. Die Neuhauser Verwaltungspolizei ist zuständig für den stehenden Verkehr, aber sie sind selbstverständlich bereit die Schaffhauser Polizei zu unterstützen, wenn Reklamationen kommen. Das tun sie auch. Die Neuhauser Polizei ist aber auch verantwortlich, wenn Leute in Einbahnstrassen hineinfahren. Das gehört in die Kompetenz der Verwaltungspolizei. Hier muss gesagt werden, dass z.B. bei der Weinbergstrasse (Fahrverbot) konnte der Polizist in 40 Minuten 35 Bussen ausstellen, für Leute, die dort durchgefahren sind.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Zur Frage von Einwohnerrat Renzo Loiudice. Schaffhausen ist der Hauptort des Kreises Schaffhausen und das Justizgesetz des Kantons hat vorgesehen, dass die Hauptorte jeweils selbst für die Büroräumlichkeiten sorgen müssen und die Kosten des Personals gehen vollumfänglich zu Lasten des Kantons. Wir als Gemeinde müssen nichts bezahlen.

Gemeinderat Dino Tamagni

Zur Frage von Einwohnerrat Marco Torsello. Zum Nettoertrag, weshalb es hier Fr. 100'000.00 sind.

ER Marco Torsello (FDP)

Ich meinte allgemein die Ausgaben von Fr. 533'836.10 und budgetiert wurden Fr. 474'400.00.

Gemeinderat Dino Tamagni

Ganz allgemein kann ich einfach sagen, es ist so! Da müsste ich schon eine Kontonummer haben.

ER Urs Hinnen (ÖBS)

Rechnung 2010, Seite 35, Konto 1400 Feuerwehr, Konto 430.00 Feuerwehropflichtersatz, Konto 416.00 Kantonsbeiträge

Der Feuerwehropflichtersatz liegt deutlich höher als letztes Jahr. Das hatte damit zu tun, dass die Feuerwehropflichtersatzgebühren erhöht wurden auch mit der Hoffnung, dass mehr junge Leute in die



Feuerwehr Neuhausen am Rheinfall eintreten. Die Frage ist nun die, dass der Kantonsbeitrag auch etwas höher liegt. Meine Frage ist nun die, ob es möglich ist, dass diese Kantonsbeiträge in den nächsten Jahren evtl. zurückgehen werden.

Gemeinderat Dino Tamagni

Der Feuerwehrpflichtersatz ist gestiegen aufgrund der Feuerwehrverordnung, die wir ja geändert haben vor 3 bis 4 Jahren. Da wurden diese neuen Sätze gemacht. Aufgrund der Überlegungen, dass das wirklich einen Anreiz geben könnte, dass mehr junge Leute in die Feuerwehr kommen und andererseits, dass auch die Kosten gedeckt werden können. Die Kosten entstehen vor allem auch wenn hier betriebskostenmässig gerechnet werden würde, also wenn wir hier alle Fahrzeuge, die wir in einem Jahr nicht schneller abgeschrieben hätten, als wir eigentlich wollten, weil wir vielleicht eben ein gutes Rechnungsjahr hatten, wurde da schneller abgeschrieben, aufgrund dessen in den Folgejahren nichts mehr abgeschrieben wird. Wenn wir hier bei den Abschreibungen reinschauen, dann sind diese sehr tief. Wenn wir dann das nächste oder dieses Jahr die Tranche für die neue Drehleiter tätigen werden, fallen dann auch höhere Abschreibungen an. Dann wird das wieder relativiert und der Ertrag sollte dann wieder bei null sein. Zum zweiten mit den Kantonsbeiträgen. Die Kantonsbeiträge haben nichts mit dem Feuerwehrpflichtersatz zu tun. Nur lediglich mit dem Brandschutzgesetz. Das Brandschutzgesetz sagt, dass für Stützpunktfeuerwehren ein Unterstützungsbeitrag von 70 % an die Beschaffungen erfolgt. D.h. wenn wir eine Drehleiter kaufen, wie es in diesem Falle nötig ist, die etwa Fr. 1 Mio. kostet, bezahlt der Kanton dann Fr. 700'000.00 Subvention an diese Leiter. Hier bei diesen Fr. 51'397.45 sind aber noch Fr. 30'000.00 Abgeltung für die Stützpunktstätigkeit drinnen. Für die Tätigkeit die wir für den unteren Kantonsteil erbringen und für den Klettgau. Weil mit den 70 % bis anhin nicht alles abgegolten wurde, hat man noch Fr. 30'000.00 dazugelegt, damit es in etwa stimmt. Somit werden diese auch weiterhin fließen. Die restlichen Fr. 21'000.00 werden aus den Anschaffungen, die wir getätigt haben, zusammengestellt. Es sind 70 % von den Fr. 28'000.00 Anschaffungen.

ER Willi Josel (SVP)

Rechnung 2010, Seite 39, Konto 1420 Baupolizei, Konto 301.00 Besoldungen

Die Besoldungen sind gegenüber 2009 zurückgegangen. Was ist der Grund dafür?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Im 2009 hatten wir teilweise noch eine Doppelbesetzung von einer Kündigung. Ich habe ohnehin den Zentralverwalter gebeten, die Besoldungen neu darzustellen. Ich hoffe damit eine gewisse Stabilität und Übersichtlichkeit hineinzubringen. Wir haben dauernd bei diesen Posten Veränderungen. Wir werden in Zukunft immer die effektiven Löhne ausweisen und dann intern mit Verrechnungen arbeiten.

ER Jakob Walter (parteilos)

Rechnung 2010, Seite 39, Konto 1500 Militär

Wir subventionieren hier den Trachtenclub von BR Ueli Maurer mit Fr. 10'000.00.

ER Marco Torsello (FDP)

Rechnung 2010, Seite 47, Konto 2120 Orientierungsschule, Konto 452.00 Gemeindebeiträge für auswärtige Schüler

Hier sehe ich, dass ein Betrag von Fr. 220'000.00 vorgesehen war und jetzt effektiv nur Fr. 174'577.10 ausgegeben wurden. Hängt das evtl. mit dem BVJ zusammen?

Gemeinderat Patrick Strasser

Diese Fr. 174'577.10 ist das Geld, dass wir von denjenigen Gemeinden erhalten, welche Schüler an die Werkklassen nach Neuhausen am Rheinfall schicken. Das hat nichts mit dem BVJ zu tun, denn das kommt ja nach der obligatorischen Volksschule. Je mehr Schüler nach Neuhausen am Rheinfall in die Werkklassen kommen von anderen Gemeinden, umso höher fällt dieser Betrag aus und dann auch umgekehrt. Sie sehen, dass 2009 etwa derselbe Betrag drinnen steht, d.h. die Schüleranzahl war dort etwa gleich hoch wie 2010. Im Budget 2010 habe ich einfach optimistischer budgetiert. Die gewünschte Anzahl Schüler wurde nicht erreicht.

ER Arnold Isliker (SVP)

Rechnung 2010, Seite 47, Konto 2120 Orientierungsschule, Konto 365.03 Beiträge für Deutsch-Intensiv-Kurse

Es gibt auf der ganzen Welt keinen Staat, der für einen Sprachkurs noch Geld bezahlt. Im Budget war nichts enthalten und jetzt haben wir wieder Fr. 13'000.00. Wenn sich ein Ausländer hier niederlässt, dann soll er unsere Sprache lernen und nicht nur auf unsere Kosten leben.

Gemeinderat Patrick Strasser

Wenn Kinder nach Neuhausen am Rheinfall kommen und nicht Deutsch können und somit nicht direkt in die Volksschule eingeschult werden können, dann besuchen sie Deutsch-Intensiv-Kurse. Bei der Primarschule haben wir lange selbst eine Deutsch-Intensiv-Klasse geführt, bis wir zu wenig Schüler hatten um diese noch führen zu können. Bei der Primarschule gehen sie deshalb nach Schaffhausen für die Deutsch-Intensiv-Klasse. Das sehen Sie auf Seite 45, Konto 2100 Primarschule, Konto 352.09 Beiträge an andere Gemeinden. Dieser Betrag ist für ein Kind, das in Schaffhausen in die Deutsch-Intensiv-Klasse geht. Jetzt haben wir aber auch Kinder, die sind nicht mehr im Primarschulalter. Die kommen mit 13, 14 oder 15 Jahren zu uns und müssten eigentlich in die Oberstufe eingeschult werden, können aber kein Deutsch. Somit ist es nicht möglich, sie in die Real- bzw. Sekundarschule einzuteilen. Eine Möglichkeit wäre auch, dass sie in eine andere Gemeinde gehen um dort eine Deutsch-Intensiv-Klasse zu besuchen, nur im letzten Jahr gab es das nicht. An diese Stelle trat das SAH, Schweizerische Arbeiterhilfswerk. Es hat einen Kurs für Jugendliche ausgeschrieben, die dort eine Deutsch-Intensiv-Klasse besuchen konnten in dieser privaten Institution. Das ist hier Konto 365.03. Wir haben das nicht unter den Beiträgen an andere Gemeinden subsumieren können, weil es keinen Beitrag an eine andere Gemeinde ist, sondern es handelt sich um eine private Institution. Bei diesen Fr. 13'500.00 handelt es sich um das Jahresschulgeld für einen Schüler, damit er anschliessend bei uns in die Schule gehen kann.



ER Peter Schmid (SVP)

Rechnung 2010, Seite 47, Konto 2120 Orientierungsschule, Konto 316.09 Fax- und Fotokopiergeräte
Hier hat man ja richtig zugeschlagen gegenüber dem Budget und der Rechnung 2009. Wusste man das bei Budget noch nicht? Das sind doch einige Mehrkosten. Was ist der Grund?

Gemeinderat Patrick Strasser

Es gibt einen Kommentar auf Seite 46. Wir sehen das bei der Primarschule auch. Die Schlussrechnungen 2009 und 2010 wurden in einem Jahr bezahlt. Es entstand dadurch eine Erhöhung von Fr. 13'000.00. Grundsätzlich sind wir immer etwas zu hoch bei dieser Position. Das hängt damit zusammen, dass das gar nicht genau geplant werden kann und ich selbst diesen Posten immer sehr tief budgetiere.

ER Willi Josel (SVP)

Rechnung 2010, Seite 57, Konto 3000 Gemeindebibliothek, Konto 310.36 Bücheranschaffungen
Ca. Fr. 20'000.00 hat man für Bücher, vielleicht auch für Videokassetten ausgegeben – ich weiss es nicht. Nehmen wir an, jedes Buch kostet Fr. 100.00, da wurden ja unheimlich viele Bücher angeschafft. Das müssen ja einige Laufmeter sein. Dasselbe ist das Jahr vorher, ca. Fr. 18'000.00, auch hier komme ich auf ein paar Meter Bücher; ich habe nichts gegen Bücher. Da frage ich mich, ist es notwendig, dass wir jedes Jahr 200 Bücher kaufen. Da muss die Bibliothek ja aus dem Rahmen platzen. Gibt es da eine Antwort?

Gemeinderat Patrick Strasser

Die Bibliothek platzt noch nicht aus dem Rahmen, weil sie immer wieder aussortiert wird. Jedes Jahr gibt es ein Inventar. Bücher, die ein ganzes Jahr nicht mehr ausgelehnt wurden, werden aus dem Sortiment genommen. Damit die Bibliothek benutzt wird, und das wird sie, sie wird stark frequentiert, braucht es natürlich auch immer wieder neue Literatur, welche die Nutzer ausleihen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Rechnung 2010, Seite 59, Konto 3020 Trottentheater, Konto 318.30 Trotte Extra
Hier wird die Überschreitung des Budgets damit begründet, dass es weniger Veranstaltungen und Aufführungen gegeben hat. Wenn sich das so verhalten, dann muss man sagen, macht wieder viele viele Aufführungen, dass wir hier wieder in einen guten Bereich kommen.

Gemeinderat Christian Di Ronco

Eine gewisse Logik steht schon noch dahinter, denn man kann mit günstigen Künstlern viel mehr Aufführungen machen als mit teuren Künstlern. Bei der Planung weiss man nie im Voraus, welche Künstler dann zu welcher Zeit auftreten.

ER Jakob Walter (parteilos)

Dann wäre der Grund der Preis der Künstler und nicht die Anzahl der Veranstaltungen.



Gemeinderat Christian Di Ronco

Doch, weil eben bei Konto 434.31 Billettverkauf Trotte Extra haben wir weniger Veranstaltungen, deshalb gibt es auch weniger Einnahmen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Ich spreche aber zu Konto 318.30 und dort geht es um die Ausgaben und diese sind besser budgetiert und die Begründung lautet, es habe weniger Veranstaltungen gegeben.

Gemeinderat Dino Tamagni

Vielleicht kann ich noch etwas zur Klärung beitragen. Es ist wirklich in der Tat so, dass es teure Künstler waren und weniger Veranstaltungen. Das war in diesem Jahr so und dann war noch etwas anderes und zwar in 2009 gab es ein Silvesterprogramm und normalerweise wird das Silvesterprogramm in 2009 noch abgerechnet und dann kam es noch in die Rechnung 2010.

ER Arnold Isliker (SVP)

Rechnung 2010, Seite 61, Konto 3090 Übrige Kulturförderung, Konto 319.30 Bundesfeier und Feuerwerk

Wir hatten letztens eine Veranstaltung in einem Park, wo der Verschönerungsverein auch dabei war und dann ist die Frage aufgetaucht, ob man die Rheinfallbeleuchtung wieder auf den 31. Juli 2011, wie schon einmal gefordert wurde, zurückverlegen können. Ich meinte, dass jetzt kein Eintritt mehr verlangt werden dürfe, sollte das Feuerwerk zugunsten der Bundesfeier stattfinden, so wie es jahresweise durchgeführt wurde. Die Nachhaltigkeit der Rheinfallbeleuchtung ist eigentlich nicht gross. Leute, die heute an die Rheinfallbeleuchtung kommen, die kommen und gehen wieder. Die umliegenden Betriebe haben eigentlich nicht viel von den Besuchern, die an den Rheinfall kommen. Nur zu verpuffen aus Lust, dazu habe ich keine Lust und wenn wir hier nicht einen Konsens finden mit dem Kanton, dass wir die Bundesfeier auf den 31. Juli zurückverlegen können, dann werde ich beim Budget einen Antrag stellen, dass dieser Betrag gestrichen wird und wir somit dann keine Rheinfallbeleuchtung mehr haben, so wie es bereits einmal gefordert wurde. Ich stelle hier jetzt eine Kleine Anfrage.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich nehme auch diesen Hinweis entgegen und werde ihn im Gemeinderat beraten und allenfalls Bericht und Antrag erstellen. Wo meine Sympathien liegen, habe ich schon einmal kundgetan und ich werde schauen, ob ich meine Kolleginnen und Kollegen mit meiner Art überzeugen kann.

ER Arnold Isliker (SVP)

Rechnung 2010, Seite 65, Konto 3310 Gärtnereibetrieb

Würde es nicht Sinn machen, eine Zusammenarbeit mit dem Friedhof zu prüfen, damit Synergien mit dem Personal genutzt werden können? Wie ich feststelle, wird rund um den Friedhof ein grosser Aufwand betrieben, es wird ein englischer Rasen gepflegt auf Seiten der Zollstrasse, jeden Tag wird gemäht und gewischt, was das Zeug hält, was meines Erachtens nicht notwendig wäre, und in der Gärtnerei fallen in Zukunft arbeiten an bei der Verschönerung der Zentralstrasse. Die Blumen



müssen gepflegt werden etc., ob da nicht allenfalls ein Austausch mit dem Personal stattfinden könnte?

Gemeinderat Patrick Strasser

Ein Austausch findet selbstverständlich z.T. auch statt. Z.B. ist der stellvertretende Friedhofsgärtner jeweils auch Stellvertreter vom Anlagenwart des Stadions Langriet. Dort findet der Austausch jeweils statt. Es ist nicht so, dass die eine Einheit nicht schaut, was die andere macht. Es kann ja auch nicht sein, dass wir jetzt sagen, wir pflegen den Friedhof weniger und lassen den verwildern und haben deshalb ein schönes Ortszentrum. Das kann es ja auch nicht sein. Ich finde es gut und bin auch stolz darauf, was meine Mitarbeiter auf dem Friedhof gemacht haben. Sie mögen sich vielleicht daran erinnern, wie der Friedhof vielleicht noch vor ca. 15 Jahren ausgesehen hat. Das war ein graues dunkles Loch. Anders kann man dem nicht sagen und ich glaube, das war nicht gerade das, was man den Angehörigen der Toten nicht bieten konnte. Der Friedhof ist für mich – so komisch wie es jetzt tönen mag – ein Vorzeigeort einer Gemeinde. Wenn ein Friedhof verwildert ist, wenn er dreckig ist und wenn er ungepflegt ist, dann zeigt das wirklich auf, dass bei dieser Gemeinde etwas nicht stimmen kann in der Verwaltung. Wenn eine solche Anlage gepflegt ist, dann kann man auch sagen, ja, in dieser Gemeinde funktioniert alles.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Rechnung 2010, Seite 71, Konto 3410 Sportanlage Langriet, Konto 318.01 Telefon, Konto 318.06 Abfallentsorgung

Wie kommen diese hohen Beträge zustande? Hat sich's herumgesprochen, dass im Langriet möglicherweise gratis telefoniert und der Abfall entsorgt werden kann?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Das ist nicht der Fall. Bei Konto 318.06 Abfallentsorgung wurde eine stattliche Anzahl von Abfallmarken gekauft und die werden dann jeweils über die Zeit gebraucht. Das ist die Periodizität. Diese hat immer eine Wellenbewegung, momentan sind wir in einem Hoch. Beim Telefon, wenn ich mich richtig entsinne, musste dort noch ein mit unserem Telefonsystem kompatibles Gerät gekauft werden.

ER Willi Josel (SVP)

Rechnung 2010, Seite 81, Konto 5200 Krankenkassen, Konto 366.52 Krankenkassenprämien für Private

Die Prämienverbilligungen, das wissen wir, ist ein grosser Anteil beim Kanton. Ich stelle nur eine Frage: Die Krankenkassenprämien für Private und dann die Rückerstattungen für private Krankenkassen.

Gemeinderätin Franziska Brenn

Das ist nicht immer Deckungsgleich und die Rückerstattungen für private Krankenkassen kommt etwas später, deshalb ist der Ertrag hier höher ausgefallen als die Bezahlungen.



ER Willi Josel (SVP)

Und wer erstattet zurück?

Gemeinderätin Franziska Brenn

Der Kanton.

ER Marcel Stettler (CVP)

Rechnung 2010, Seite 83, Konto 5403 Schülerhort, Konto 318.06 Abfallentsorgung

Wenn ich das wiederhole, dann wurde hier auch eine höhere Anzahl Abfallmarken gekauft.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Das ist genau die Antwort.

ER Nil Yilmaz (SP)

Rechnung 2010, Seite 85, Konto 5403 Schülerhort, Konto 434.54 Elternbeiträge

Wenn ich das anschau, dann haben wir Fr. 26'000.00 mehr Ertrag. Ich wollte wissen, woher dieser Ertrag kommt.

Gemeinderat Patrick Strasser

Je mehr Kinder in den Hort kommen, desto mehr Elternbeiträge werden bezahlt. Man kann allerdings nicht die Rechnung machen, mehr Kinder = mehr Elternbeiträge, da die Beiträge ja gestaffelt sind, nach einem sog. Sozialindex, also je mehr die Eltern verdienen desto höher auch die Beiträge. Sicher weiss ich, dass wir im letzten Jahr eine grosse Kinderzahl hatten. Die Elternbeiträge werden voraussichtlich also auch in diesem Jahr in einem ähnlichen Rahmen sein. Bei der Budgetierung habe ich mich auf die Rechnung 2008 bezogen. Die Rechnung 2009 habe ich dort noch nicht gekannt. Dort hatten wir noch etwas weniger Kinder und die Elternbeiträge sind somit angestiegen.

ER Peter Schmid (SVP)

Rechnung 2010, Seite 85, Konto 5700 Alters- & Pflegeheime, Konto 309.03 Naturalprämien

Trotz dem kleinen Betrag, was sind Spontanprämien gemäss Kommentar? Das sind keine Barprämien?

Gemeinderat Christian Di Ronco

Das ist richtig. Spontanprämien für die Mitarbeiter aufgrund eines besonderen Einsatzes in Form eines Nachessens oder Blumensträusse.



ER Willi Josel (SVP)

Rechnung 2010, Seite 93 → Geschäftsbericht Seite 55, Fallzahlen

Ich habe letztes Jahr schon darüber gesprochen. Habe das sehr gekürzt und bin offenbar falsch verstanden worden oder man wollte mich nicht verstehen. Hier in den Fallzahlen steht etwas, das nicht stimmt. Die Aussage ist falsch, dass es heisst: "Einige Personen, die kaum arbeitsfähig sind, aber eine Ablehnung von der Invalidenversicherung erhalten haben, müssen nun durch die Sozialen Dienste unterstützt und so gut als möglich integriert werden." Diese Aussage ist falsch! Ich sage Ihnen jetzt warum. Damit das alle wissen. Die IV bezahlt eine Rente, wenn eine Erwerbsunfähigkeit besteht, dann wenn jemand 40 % erwerbsunfähig ist, gibt es $\frac{1}{4}$ Rente. Ist er mehr erwerbsunfähig, dann gibt es eine $\frac{1}{2}$ Rente, wenn er 60 % Erwerbsunfähigkeit hat, dann gibt es eine $\frac{3}{4}$ Rente und ist die Erwerbsunfähigkeit grösser als 70 %, dann gibt es eine Vollrente. Wenn nun jemand keine Rente bekommt, dann muss er unter diesen 40 % liegen und es kann nicht sein, dass er keine Rente bekommt und es dann heisst, er ist kaum arbeitsfähig, kriegt aber keine Rente. Das kann nicht sein! Dann muss er weniger arbeitsunfähig sein, d.h. er ist mindestens 61 % arbeitsfähig. Da stimmt etwas nicht. Wenn es nun tatsächlich so ist, dass ein Arzt hier die Arbeitsunfähigkeit hier noch bestätigt, dann muss man diesen befragen und ihm den Ablehnungsentscheid vorlegen, allenfalls die medizinischen Akten verlangen und dann muss man ihn zur Rede stellen, warum er dann so etwas hier hineinschreibt. Diese Aussage ist schlecht ergriffen falsch. Was richtig ist, die IV gibt weniger Renten. Das hat zwei Gründe. Früher war es so, dass die IV erst nach einem Jahr tätig werden konnte. Dass niemand der IV sagen konnte, hoppla, passt auf, hier wird einer invalid und heute ist das anders. Mit der 6. IV-Revision kann praktisch jeder von uns und auch jeder Arzt der Unfallversicherung ankündigen, hier haben wir jemanden, der invalid wird. Das sieht man an der Verletzung und am Beruf, den er ausübt. Z.B. ein Bauarbeiter, der etwas im Knie hat, dann gibt es später irgendwann Arthrose. Nun ist es so, dass die IV mit den Haftpflichtversicherern und auch den Unfallversicherungen ein sog. Case Management durchführt, d.h. im Moment, wo die IV eine Meldung kriegt, entscheidet sie, ob sie so ein Case Management durchführt oder nicht. Der Sinn und Zweck ist die Invalidität zu vermeiden, allenfalls einen Berufswechsel herbeizuführen, allenfalls eine Schulung vorzunehmen, dass er eine bessere Qualifikation hat und nicht so beansprucht wird. Der zweite Grund ist eine Änderung der Rechtsprechung. Beide Sozialversicherungskammern des Bundesgerichts haben Entscheide gefällt. Sie haben gesehen, dass bisherige Entscheide einfach in die Irre führen und da gibt es zwei Gründe dafür: Sogenannte Schmerzstörung, man sieht nichts und man merkt nichts, aber es gibt irgendwelche psychische Einflüsse. Diese hat man jetzt so beurteilt, dass wann man diese mit einer Anstrengung, die zumutbar ist, überwinden kann, dann gibt es eben keine Rente z.B. das Schleudertrauma. Also diese Schmerzen müssen willentlich überwindbar sein. D.h. diese Personen, die dann keine Rente kriegen, sind arbeitsfähig. Die Aussage, die hier steht ist somit falsch. Ich habe die beiden massgebenden Gerichtsentscheide hier vorliegen.

Gemeinderätin Franziska Brenn

Ich kann jetzt da nicht ein Statement abgeben, das dreimal so lange dauert. Ich müsste das. Die Aussage ist überhaupt nicht falsch. Sie ist absolut richtig. Es ist so, es gibt Menschen, die früher vielleicht gearbeitet hätten, die heute aber keine IV mehr erhalten. Sie haben Vorgaben, die IV-Rente zu kürzen. Selbstverständlich prüfen wir die Arztzeugnisse, wenn man einen ablehnenden Entscheid hat und die Person hat immer noch ärztliche Zeugnisse, dann schauen wir mit den Ärzten, was sind die Perspektiven. Es gibt Personen, die erhalten heute keine IV mehr und die früher eine erhalten haben. Da sind z.B. Hausfrauen zu Hause, die haben früher, wenn sie krank waren, eine IV bekommen. Heute sagt man, die haben gar keine Arbeit auswärts, die bleiben zu Hause und die erhalten keine IV: Jetzt möchte ich aber die Diskussion unterbrechen. Es macht keinen Sinn, wenn sich hier Spezialisten streiten, dann können wir in eine Arena gehen und ich glaube dafür sind wir hier nicht der richtige Ort.



ER Willi Josef (SVP)

Wir sind hier schon der richtige Ort. Die Einschränkung bei den Hausfrauen wird berücksichtigt. Es gibt zwei Phasen, wenn jemand arbeitet. Man prüft, wie ist er eingeschränkt im Beruf, und die zweite Phase ist, wie ist man eingeschränkt im Haushalt. Zusammen gibt das den Satz, 40 %, 50 %, 60 % oder mehr und dann gibt es eine Rente. Also nochmals, wenn jemand kaum arbeitsfähig ist, dann kann es nicht sein, dass er eine Ablehnung kriegt.

Gemeinderätin Franziska Brenn

Ja, aber er ist nicht mehr vermittlungsfähig beim Arbeitsamt. Das Arbeitsamt bezahlt ihn nicht. Was soll man denn tun?

ER Walter Herrmann (FDP)

Es sind ja die gesamten Fallzahlen. Es sind 275 Fälle und dann wird das mit der IV abgehandelt. Es handelt sich hier aber auch um junge Leute, die keine Lehre begonnen haben oder eine solche abgebrochen haben. Die sind ja wahrscheinlich nicht Invalide und diese werden doch schon in der Schule berücksichtigt, indem sie in der Schule lernzielbefreit waren. Es wird mit den jungen Leuten abgemacht, dass sie nicht mehr geprüft werden, keine Zeugnisse mehr kriegen und in ihren Leistungen nicht mehr gemessen werden. So werden die jungen Leute schon auf die falsche Bahn gebracht. Man müsste doch dort ansetzen. Nachher, wenn die keine Lehre machen, weil sie vom Sozialamt mehr Geld bekommen, als vom Lehrmeister im Lehrvertrag und es etwas bequemer ist, da macht dann die Berufsbildung und das SAH das Case Management. Vorher in der Schule macht man eine Lernzielbefreiung und hinten macht man dann Case Management, wenn es zu spät wird, wenn man keine Lehre macht und sich schon beim Sozialamt angewöhnt hat. Das ist ja das Tragische. Das hängt doch irgendwie und irgendwo zusammen. Das hat mit der IV nichts zu tun.

Gemeinderätin Franziska Brenn

Natürlich hat das mit der IV nichts zu tun. Junge Menschen, die eine Lehre abbrechen, erhalten nicht einfach Sozialhilfe, das war vielleicht früher mal so. Diese werden entweder dem Taglohnprogramm zugewiesen oder werden dem BOA Programm zugewiesen. Das kostet die Gemeinden zwar mehr, als wenn wir die jungen Leute einfach durchfüttern würden, aber das macht keinen Sinn. Das wird auch nicht gemacht, das möchte ich hier einfach noch betonen. Es ist wichtig, dass die jungen Erwachsenen irgendeine Perspektive haben. Es gibt schlimme Zustände hier in Neuhausen am Rheinfall. Wir mussten gestern in einer Familie die Kinder retten, 14, 13 und 6 Jahre alt. Die waren 4 Wochen ohne Eltern zu Hause. So etwas muss man sich vorstellen und mit diesen jungen Erwachsenen muss man irgendeine Perspektive suchen und das wird auch getan mit ganz vielen verschiedenen Möglichkeiten.

ER Walter Herrmann (FDP)

Es ist gut zu hören, dass man da schon früher ansetzt, als wenn es zu spät kommt. Man sieht es ja auch unten in der Alimentenbevorschussung.



ER Ruedi Meier (SP)

Ich fühle mich angesprochen als Schulpräsident durch eine Aussage, die Du gemacht hast, die einfach so nicht stimmt. Es ist nicht so, dass Schüler keine Noten mehr bekommen. Es gibt auch keine Lernzielbefreiung. Es gibt individualisierte Lernziele und dort werden sie ebenfalls benotet. Das ist eine falsche Aussage und das bezieht sich auf die Primarschule. In der Oberstufe haben wir dieses System nicht.

ER Jakob Walter (parteilos)

Rechnung 2010, Seite 105, Konto 6210 Parkplätze, Konto 316.62 Pachten Parkplätze

Ich nehme an das Konto Pachten Parkplätze seien diese im Rheinfall gemeint und dieser Posten falle in Zukunft weg.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Das ist genau so.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Rechnung 2010, Seite 113, Konto 7000 Wasserversorgung/Wasserwerk, Konto 318.00 Arbeitsleistungen Dritter und Konto 434.03 Arbeitsleistungen für Dritte

Es ist bei beiden Konten eine Differenz zum Budget und es ist kein Kommentar angegeben. Was ist hier ungeplant reingekommen?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Das Wasserwerk hat keine eigenen Angestellten und es werden uns jeweils die Stunden verrechnet. Konto 318.00 steht mit der Zahl und dem Umfang der Investitionen, die getätigt wurden, zusammen. Hat aber auch damit zu tun, ob hier z.B. viele Hausanschlüsse gemacht werden können. 2010 haben wir relativ viele Hausanschlüsse gemacht hier im Zentrum. Es wurde alles erneuert und deshalb sind die Arbeitsleistungen sehr hoch. Während des Budgetierens sind wir davon ausgegangen, dass das Zentrum bereits weiter ist. Es wurde beinahe ein Jahr zu spät angefangen und das ist die Konsequenz. Beim anderen Konto handelt es sich um die Arbeitsleistungen, die wir einer Drittperson wieder in Rechnung stellen können. Z.B. Anschluss Posthof, den direkten Anschluss an die Wasserleitung draussen in der Strasse, den nur wir machen dürfen, das werden wir selbstverständlich weiterverrechnen und ergibt dann den Ertrag.

ER Arnold Isliker (SVP)

Rechnung 2010, Seite 115, Konto 7100 Abwasserreinigung, Konto 434.70 Abwassergebühren GWW
Wurde bereits schon im Vorfeld diskutiert. Der Minderbetrag von Fr. 300'000.00 ist bedenklich hoch. Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, um die Gebühren anzupassen? Muss von unserer Seite ein Vorstoss unternommen werden?



Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Der Nettoertrag ist sogar schlimmer als Fr. 300'000.00; er ist Fr. 500'000.00. Er widerspricht natürlich selbstverständlich den Vorgaben des Bundes. Für den Gemeinderat wird die Abstimmung vom 25. September 2011 ein Fingerzeig sein, ob wir in dieser Richtung weitergehen können und bundeskonforme Lösungen vorschlagen können oder ob diese an der Urne beerdigt werden. Wir werden aber sicher Ihnen zu gegebener Zeit einen Bericht und Antrag zur Verfügung stellen. Einen ersten kleinen Schritt können Sie heute noch zur Kenntnis nehmen. Es ist derjenige über die Wassergebühren im Umfang der Sanierung der Abwasseranlage Röti. Dort ist der Gemeinderat zuständig. Aber es ist in der Tat so, dass wir in verschiedenen Bereichen, Grünabfall und Abwassergebühren, eine Unterdeckung haben. Das ist gemäss Bundesrecht nicht konform. Das ist so, aber alle politischen Meinungen sind hier äusserst kontrovers. Hier eine Lösung zu finden, dürfte sehr schwierig werden. Ich bin wirklich auf den 25. September 2011 dieses Jahres gespannt.

ER Felix Tenger (FDP)

Selbstverständlich darf und soll der Gemeinderat konforme Beschlüsse vorlegen resp. dem Stimmvolk zur Abstimmung bringen, aber was wir immer gesagt haben, wo Gebühren erhöht werden, muss entsprechend kompensiert werden auf der Steuerseite. Das hat also nichts damit zu tun, ob es bundeskonform ist oder nicht. Selbstverständlich unterstützen wir das, dass es bundeskonform ist, aber es muss entsprechend kompensiert werden.

ER Marcel Stettler (CVP)

Rechnung 2010, Seite 125, Konto 7800 Öffentliche Toiletten, Konto 312.01 Elektrizität
Wie kam es hier zu dieser Differenz?

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Ich gehe davon aus, dass hier noch eine Rechnung später gekommen ist und zwar im Zusammenhang mit dem Rheinfall. Es dürfte eine Schlussrechnung 2010 sein, die nicht periodengerecht abgerechnet wurde und reingekommen ist.

ER Jakob Walter (parteilos)

Rechnung 2010, Seite 133, Konto 8300 Tourismus

Die Touristendestination, die wir hier in Neuhausen haben, ist jetzt an den Kanton gegangen und ich frage mich, weshalb hier die Gemeinde im letzten Jahr noch so viel Geld hineingesteckt hat.

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Das war natürlich eine Folge, dass wir überhaupt aus diesem Kostenblock Rheinfall hinauskommen konnten. Das Projekt IG Rheinfall mit Fr. 62'500.00. Sprechen Sie dieses an? Das beruht auf den Beschlüssen des Einwohnerrates. Das sind noch Rechnungen aus früheren Jahren. Dann die Elektrizität (Beleuchtung Rheinfallbecken). Das ist das Geschenk, das das EKS dem Kanton gemacht hat und dann uns übergeben hat. Dann die Fuss- und Radwege, dann die Servicebeträge. Es gibt diverse Geräte im Rheinfallbecken, die einen Service benötigen. Die Verschiedenen Ausgaben, das war Schaffhauserland Tourismus und Schaffhausen Total. Diese neue Bildschirmwand. Und dann war es ein Beitrag an den Imagefilm von Schaffhausen. Die



Gemeindebeiträge an Verkehrsvereine und Verkehrsvereinigungen. Das ist der Standardvertrag. Der bleibt für Schaffhauserland Tourismus. Verschiedene Einnahmen. Da kommen meines Wissens Fr. 200.00 von einem Wirt im Rheinflallbecken. Im Jahre 2011 und folgende werden durchaus ein Teil der Kosten bleiben. Die Beiträge an Schaffhauserland Tourismus von rd. Fr. 40'000.00 dürften bleiben und die Fr. 17'000.00 für die Beleuchtung sind die Kosten für die LED-Beleuchtung des Rheinflallbeckens. Dort braucht es einen regelmässigen Service.

ER Jakob Walter (parteilos)

Und das bezahlen wir, dass der Kanton seinen Rheinflall beleuchten kann?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Das haben wir bezahlt. Wir haben dieses Geschenk bekommen und ich denke, das war auch eine Ehre, dass das EKS uns das geschenkt hat. Wir sind uns auch bewusst gewesen, dass es relativ teuer ist und wir mussten auch 2010 die Beleuchtungsdauer anpassen auf Wunsch des damaligen Geschäftsführers des Mr. Rheinflalls. Es gibt hier eine Vereinbarung mit dem Natur- und Heimatschutz, der eine bestimmte Zeitdauer der Beleuchtung vorsieht und das man dann auf eine neue Art berechnet. Das hat auch zur Folge, dass jetzt in den letzten Tagen, als es relativ lange hell war, der Rheinflall nicht beleuchtet war. Im Winter gibt es wiederum eine Phase, in der er nicht beleuchtet ist, aus Schutz der Natur, und das war recht teuer, das programmieren zu lassen. Das konnten wir nicht selber, wir brauchten dazu eine Fachfirma und das mussten wir selbst bezahlen. Es zeigt sich natürlich auch, dass der Entscheid der Schaffhauser Bevölkerung richtig war, dieses Gebiet im Baurecht zu übernehmen.

ER Nil Yilmaz (SP)

Rechnung 2010, Seite 135, Konto 8400 Industrie, Gewerbe & Handel, Konto 314.86 Unterhalt Weihnachtsbeleuchtung

Ich möchte fragen, ob diese Weihnachtsbeleuchtung chemisch gereinigt wurde oder hat man eine Neue angeschafft?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Wir haben ein sehr gutes Angebot bekommen für eine neue Weihnachtsbeleuchtung und haben uns letztes Jahr dafür entschieden, eine neue Weihnachtsbeleuchtung zu kaufen. Diese ist bei der EKS AG in Beringen eingelagert. Diese ist wesentlich stromsparender und einfacher im Unterhalt und musste schon 2010 wegen der Produktion ausgewählt werden und wegen des Mechanismus am Kandelaber.



ER Urs Hinnen (ÖBS)

Rechnung 2010, Seite 137, Konto 8690 Energiestadt

Hier ist festzustellen, dass eigentlich sehr kleine Beiträge bezahlt und eingenommen wurden. Es fällt auf, dass die Einnahmen sogar grösser sind als die Ausgaben. Ich habe mich hier gefragt, was das bedeutet. Ich habe kurz mal auf der Homepage der Energiestadt nachgeschaut und stelle fest, im Benchmarking sind wir bei den letzten 20 Städten aufgeführt. Also sehr weit unten. Wir hätten also einen grossen Bedarf um aufzusteigen und mehr zu tun. Eine bessere Energienutzung usw. und ich frage mich, ob man vielleicht nächstes Jahr plant mehr Projekte und Unternehmungen zu starten und diesen Aufstieg zu schaffen und das Benchmarking zu verbessern. Es stört mich ein wenig, dass hier nicht viel läuft oder braucht der Gemeinderat da Vorstösse, damit wirklich etwas geschieht?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Wir sind natürlich immer froh um Vorstösse, aber was Sie hier sehen, sind lediglich die direkten Vereinsknoten von Fr. 2'000.00. Bei den Einnahmen handelt es sich um die Abgeltung des Anteils des Wasserstroms des Zertifikates, das an eine englische Stromfirma verkauft wurde. Die Ausgaben, die im Benchmarking dann relevant sind, hat der Einwohnerrat auch letztes Jahr verabschiedet, nämlich die Förderbeiträge für Private aber auch der stattliche Betrag für zusätzliche Energiemassnahmen der Gemeinde. Dort sind wir z.Zt. an der Detailplanung, dass wir diese Massnahmen auslösen können. Die privaten Fördermassnahmen sind recht erfreulich. Es kommt fast alle 10 Tage ein Gesuch herein. Das entspricht ungefähr unseren Erwartungen und ich gehe einstweilen davon aus, dass auf der Homepage immer noch die ursprüngliche Zahl darauf ist, weil wir das nächste Audit erst dieses oder nächstes Jahr haben werden, wo wieder geprüft wird, ob wir noch dabei sind. Wir wussten, als wir Energiestadt wurden, dass wir das nur um Haaresbreite geschafft haben, aber immerhin wir haben es geschafft. Wenn man mit Note 4 besteht, dann hat man bestanden. Alles andere ist natürlich noch schöner und der Gemeinderat ist sich natürlich bewusst, es braucht weitere Anstrengungen und sind immer im Gespräch. Wir haben eine Arbeitsgruppe, in der auch die Energiestadt Schweiz vertreten ist. Wir sind sozusagen immer beaufsichtigt und die uns auch immer wieder Hinweise gibt. Wir sind auf gutem Wege, können aber nicht alles von heute auf morgen machen.

ER-Vizepräsident Renzo Loiudice (SP)

Rechnung 2010, Seite 137, Konto 9320 Einnahmeanteile, Konto 441.03 Anteil an Spielautomatengebühren

Wo hat es eigentlich noch Spielautomaten? Es interessiert mich nicht aus diesem Grund, dass ich meinen Ausgang anders zu gestalten denke, sondern solche Automaten haben ja eher mit Glück zu tun als mit Können. Das geht ja irgendwie unter das "Glückspielgesetz", oder wie das heisst. Darf man das eigentlich noch?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich gehe davon aus, dass diejenigen Automaten, die im Kanton Schaffhausen aufgestellt sind, mit dem Spielbankengesetz oder dem Lotteriegesetz des Bundes kompatibel sind. Hier gibt es ja diverse einschlägige Bundesgerichtsentscheide, die abrufbar sind. Ich muss aber ehrlich sagen, das Detail dieser Automaten übersteigt eigentlich mein Interesse. Auch mein technisches Verständnis. Wo solche aufgestellt sind, da bin ich auch etwas überfragt. Wenn Sie das wirklich wissen wollen, dann muss ich das abklären. Möglicherweise ist das einfach eine Pro-Kopf-Abgabe. Weil der Kanton das ja gesamthaft macht und dann verteilt. Wer deutlich mehr bekommt, ist die Stadt Schaffhausen, weil



dort das Casino angesiedelt ist. Weil der Gewinn natürlich auch sinkt, wenn man grosse Bussen bezahlen muss, Leute spielen lässt, die offensichtlich dazu nicht in der Lage sind.

ER-Vizepräsident Renzo Loiudice (SP)

Vielleicht wenn man keine solchen Automaten hat, sinken dann die nicht eingebrachten Positionen. Ich will das nicht genauer wissen.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich gehe auch davon aus, dass tendenziell der Betrag gegen Null gehen wird. Wer spielen will, kann sein Laster problemlos im Internet befriedigen. Er kann in der deutschen Nachbarschaft dem nachgehen, das ist überhaupt kein Problem. Das ist offenbar der Boomzweig zurzeit. Im Restaurant steht eine Spielbank und wer einigermaßen über gesunde finanzielle Verhältnisse verfügt, kann auch ins Spielcasino gehen. Ich denke diese Spielautomaten dürften eher etwas für die Vergangenheit sein. Den Trieb kann man heute vermutlich mit den Spielkonsolen besser befriedigen und es kostet vermutlich etwas weniger.

ER-Vizepräsident Renzo Loiudice (SP)

Rechnung 2010, Geschäftsbericht Seite 25/26, Ergebnisse der Mitarbeiterbeurteilung

Vergleicht man die Mitarbeiterbeurteilung der Lohnbänder 1 – 7 und die der Lohnbänder 8 – 14, dann fällt ein Unterschied auf. Während die Beurteilungen der Stufen A, B, C lohnrelevant sind, sind die restlichen D, E, F nicht lohnrelevant. Das steht im Text. Jetzt angenommen, dass die Lohnbänder 1 – 7 die der normalen Lohnbezüger darstellt, fällt auf, dass rd. 2/3 eine C erhalten haben. Von der Stufe her ein "Gut". Die meisten sind im C, weniger im B und ganz wenige im A. Keine Lohnerhöhung geniessen 11 Personen und 5 Personen haben gar keine Beurteilung erhalten. Beim Lohnband der Stufen 8 – 14 zeigt sich ein anderes Bild. Praktisch alle Lohnbezüger erhalten eine Lohnverbesserung; die meisten befinden sich im B; ein paar in der höchsten Stufe und wenige in C. Zusammenfassend stelle ich folgenden Unterschied fest. Eher "kaderorientierte Personen" können besser bewertet werden als normale Mitarbeiter. Und hier stelle ich wohl die einfachste Frage der Welt: Wieso ist das so? Ich bin auch ein Opfer eines ähnlichen Beurteilungsinstrumentes und da frage ich mich, ob die Leistung der Lohnbänder 1 – 7 im Vergleich mit denen von 8 – 14 gleich taxiert und bewertet werden können oder muss der Gemeinderat heute sagen, dass die im unteren Lohnband schlechter arbeiten als diejenigen im oberen Lohnband?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Es ist dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, dass Männer und Frauen in gleicher Weise qualifiziert werden. Es ist ihm ein grosses Anliegen, dass es bei der Beurteilung in allen Referaten mehr oder weniger das gleiche Bild der Verteilung von A – D gibt. D ist eine genügende Note. Das, was wir in der Energiestadt bekommen haben, ein Genügend. C ist bereits eine gute Note. Das ist jemand, der mehr macht, also von ihm erwartet wird. B ist dann eine sehr gute Leistung und A ist eine herausragende Leistung, die eigentlich nur wenige haben. Sollte sich in den Referaten und über die ganze Gemeinde eine klassische Gauss-Verteilung, dass im Bereich C, D die Spitze ist, A und B etwas weniger und hoffentlich sehr wenige E und F. E bedeutet, dass Massnahmen ergriffen werden müssen, wie Zwischenqualifikation, Förderungsmassnahmen, allenfalls Umplatzierungen und F wäre im Bereich, wo man sich bereits überlegen muss, ob der Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin wirklich glücklich ist bei der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall oder ob eine Trennung besser wäre. Keine Beurteilung erfolgt dann, wenn jemand krank ist während längerer Zeit oder ganz frisch bei uns ist,



sodass man noch gar nichts sagen kann. Wenn jemand z.B. eine hochqualifizierte Arbeit macht und das nur im Job lernen kann. Der Gemeinderat hat nicht verkannt, dass es schwieriger ist in den Lohnbändern 1 – 7 zu dieser Gauss-Verteilung, die er anstrebt, zu kommen. Er hat sich, und das ist Zufall, gerade diese Woche diesem Thema gewidmet und ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es auch in der Lohnklasse 1 möglich sein sollte, wenn jemand ausgezeichnete hervorragende Arbeit leistet, dass auch dort ein A möglich ist. Man muss sich dort sehr gute Gedanken machen zu den Kriterien und dass man nicht den gleichen Anspruch stellt wie beim Kader oder bei den höheren Angestellten, also bei den Lohnbändern 8 – 14, sondern dass man es ganz konkret anschaut, z.B. wenn jemand bei den Reinigungsarbeiten evtl. Lohnklasse 1 bei den Heimen, immer bereit ist auch am Wochenende zu arbeiten. Bereit ist einer neuen Kollegin oder einem neuen Kollegen sofort zu sagen, wie hält man denn den Besen. Welche Reinigungsmittel die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall verwendet. Wo soll man in einem Zimmer anfangen zu putzen. Wenn jemand immer überaus freundlich ist auch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern. Es gibt verschiedene Kriterien, dass auch jemand in der Lohnklasse 1 ein B oder A kriegt oder z.B. er bemüht sich rasch Deutsch zu lernen, dass er versteht, um was es geht. Die Fachausdrücke kennt. Ich denke hier wird und muss der Gemeinderat ein Auge darauf halten, dass er genau zu diesem Ergebnis kommt. Wir haben im Gemeinderat auch eine erfahrene Person, Gemeinderat Patrick Strasser. Er hat nämlich die genau gleiche Frage im Kantonsrat gestellt und er wird sicher im Gemeinderat auch ein Auge auf uns werfen. Es war mir immer ein Anliegen seit Einführung dieses Systems, dass wir offen zeigen, wie die Ergebnisse sind. Wir verstecken hier nichts. Tatsache ist, das Bewerten und die Beurteilung von Mitarbeitern ist ein ganz schwieriges Geschäft und man bringt es einfach nicht hin, dass alle Vorgesetzten in der gleichen Art und Weise qualifizieren. Das ist einfach nicht möglich, weil da sehr viele Softfaktoren auch eine Einwirkung haben, die sehr schwer zu beurteilen sind. Es ist wirklich dem Gemeinderat aufgefallen, dass es nicht sein kann, dass ganze Abteilungen im C sind. Das widerspricht eigentlich der allgemeinen Lebenserfahrung.

ER Marco Torsello (FDP)

Rechnung 2010, Geschäftsbericht Seite 43, Entwicklung der Klassenzahlen/Klassenbestände

Wenn ich die Schülerzahlen anschau, sehe ich eigentlich keine wesentliche Veränderung in der Sekundarschule. Wenn ich dann aber auf Seite 43 nachschaue bei der Sekundarschule, sehe ich eine durchschnittliche Schülerzahl bei 16.38. Meine Frage: Sind das pro Klassenzug 2 oder 3 Klassen? Wenn es 2 Klassen sind, dann sehe ich keinen Grund hier irgendwie etwas zu bemängeln, wenn es aber 3 Klassen wären ($3 \times 16 = 48$), dann müsste man bald auf 2 Klassen reduzieren, wenn die Schülerzahl stetig sinkt. Bei 15 Schülern pro Klasse, wäre das eine Überlegung. In der Stadt haben wir z.B. ab August bei den neuen 1. Sekundarklassen eine Durchschnittsgrösse von 25.3. Das ist schon ein erheblicher Unterschied.

Gemeinderat Patrick Strasser

Da die Maximalzahl an der Sekundarschule laut Gesetz 24 Schüler ist, weiss ich ja auch schon wie viele Schüler von der Sek in die Real zurückfallen müssen, damit wir diese Grösse bekommen. Bei 7 Klassen ist es ja relativ einfach, dass das nicht 2 pro Jahr sein können, da es ja drei Jahrgänge sind. Es ist so, dass wir z.Zt. in der 2. Und 3. Klasse 2 Klassen haben und in der 1. Sekundarklasse haben wir 3 Klassen. Das ergibt sich daraus, dass wir aktuell 51 Schülerinnen und Schüler haben, wie bereits gesagt, das Maximum liegt bei 24 Schülern. Es ist auch so, dass wir nicht beliebig viele Klassen führen können. Der Kanton bewilligt ja jeweils die Klassen. Wir können nicht weniger als 3 Klassen aufgrund der Maximalzahl führen, weil das der Kanton auch nicht bewilligen wird. Das ist der Grund, weshalb die Durchschnittszahl relativ tief ist, wir sind jetzt einfach in einem blöden Rank, so dass wir eine Klasse mehr führen müssen.



ER Peter Schmid (SVP)

Rechnung 2010, Geschäftsbericht Seite 34, Schaffhauser Polizei

Die fünf besten Radargeräte, die wir haben, haben registrierte Fahrzeuge von 6 Mio. und davon wurden 0.25 % gebüsst. Das sind rd. 14'000 Fahrzeuge. Nehmen wir mal den minimalsten Betrag von Fr. 40.00, dann ergibt das Fr. 600'000.00. Bekommt die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall auch irgendetwas von dem für die Standorte, z.B. für Miete? Ich habe in der Rechnung bei Ertrag nichts gefunden. Bekommen wir da gar nichts? Wir können auch den Platz, wo die Geräte stehen, nicht vermieten?

Gemeinderätin Franziska Brenn

Nein, von den Radarkontrollen von den Übertretenden bekommen wir nichts. Nein, aber wir sind natürlich froh, wenn sie diese bei uns aufstellen und wir Radarkontrollen haben, das bringt uns von der Sicherheit her etwas, aber finanziell haben wir nichts davon.

Anträge:

1. Die Fondsentnahmen im Betrag von Fr. 615'858.70 werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Belastung des Kapitalausgleichskontos mit dem Aufwandüberschuss aus der Laufenden Rechnung, die ausserordentlichen Abschreibungen von Fr. 581'000.00, die Auflösung von Rückstellungen und die Zuweisungen in Fonds und Spezialfinanzierungen (Rückstellungen) von Fr. 70'000.00 gemäss dem Zuweisungsvorschlag des Gemeinderates wird gutgeheissen.

Der Antrag wird mit 20 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

3. Der Stand des Kapitalausgleichskontos per 31.12.2010 nach der Verrechnung des Aufwandüberschusses von Fr. 1'125'628.87 beträgt Fr. 3'484'321.64.

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.

4. Der Geschäftsbericht, die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung und die Rechnungen der Spezialfinanzierungen und Fonds für das Jahr 2010 samt den darin enthaltenen Abschreibungen werden genehmigt.

Der Antrag wird mit 20 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Ziffer 4 dieses Beschlusses untersteht gemäss Art. 14 lit. c der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 3 Bericht und Antrag betreffend Sanierung Knoten Zollstrasse/Töbeliweg/ Brunnenwiesenstrasse

An der Einwohnerratssitzung vom 5. Mai 2011 wurde mit 13 : 6 Stimmen und einer Enthaltung Eintreten auf die Vorlage beschlossen. Zur Klärung von Detailfragen insbesondere dem Verzicht auf eine Fussgängerampel wurde die Vorlage mit 14 : 5 Stimmen, bei einer Enthaltung, an eine Spezialkommission überwiesen.

Die einwohnerrätliche Kommission hat den Bericht und Antrag betreffend Sanierung Knoten Zollstrasse/Töbeliweg/Brunnenwiesenstrasse anlässlich ihrer Sitzung vom 23. Mai 2011 abschliessend behandelt.

Die Kommission beantragt schlussendlich dem Einwohnerrat mit 2 : 1 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, der Vorlage des Gemeinderates in der vorliegenden Form (Bericht und Antrag vom 5. April 2011) zuzustimmen.

Ergänzungen:

ER Felix Tenger (FDP)

Die Kommission hat an einem Abend getagt und die Ausgangslage nochmals besprochen. Es ging vor allem auch um die Fussgängerampel, welche umstritten war. Es waren Vertreter der VBSH und der Bauverwaltung anwesend. Die Vertreter der VBSH haben dann dargelegt, welches die Vorteile einer Ampel wären für die VBSH, einerseits aus Gründen der Verkehrssicherheit aber auch aus Gründen der Fahrplanstabilität. Walter Herrmann hat auch dargelegt, wie schwierig diese Einfahrt für die Chauffeure sei, wenn man dort während Stosszeiten reinfahren müsse. Während des Tages, wenn nicht so viel Verkehr auf der Strasse ist, können die Busse ohne weiteres hineinfahren. Sie werden dann auch teilweise herein gewunken aber genau in dieser Zeit, wenn es eigentlich notwendig wäre, dass die Busse rein können, also während den Stosszeiten, geschieht das dann nicht, mit der Folge, dass die Busse dann den Vortritt teilweise erzwingen müssen, was dann gefährlich ist. Ich habe auch mit Chauffeuren gesprochen der Linie 1. Ich kenne die Linie 1 sehr gut, weil ich selber im Langriet gewohnt habe und den Bus auch häufig benutzt habe. Die Chauffeure sagten mir, dass vor allem im Bereich der Verkehrssicherheit eine Ampel hier sehr nützlich sei. Wir haben das dann in der Kommission intensiv diskutiert und haben dann auch eine Grundsatzabstimmung gemacht und es war die Mehrheit in der Kommission, 4 : 1, dass eine Busbevorzugung sinnvoll ist und anzustreben wäre. Wo die Meinungen auseinander gingen, war im Bereich der Fussgänger, die Ampel. Eine Minderheit wünschte keine Ampel für die Fussgänger. Das wurde uns dann von der Bauverwaltung dargelegt, dass man dann die Überquerung nicht an dieser Stelle machen könnte, sondern dass man sie dann Richtung Zollstrasse verschieben müsste. Die Variante, die dann schlussendlich vorgelegen wäre, hätte der Variante entsprochen, die im Jahre 2001 zur Abstimmung kam und dann vom Volk auch entsprechend abgelehnt wurde. Andere Varianten, wurde uns versichert, sind an und für sich unmöglich, so dass wirklich die Entscheidung stand, wollen wir die Vorlage machen, wie sie uns präsentiert wurde, oder wollen wir die Variante realisieren, die bereits einmal an der Volksabstimmung im Jahre 2001 beim Stimmvolk keine Mehrheit fand. Die Kommission hat sich dann durchgerungen, Sie sehen das am Resultat, 2 : 1 bei 2 Enthaltungen, dem Einwohnerrat zu empfehlen, die Vorlage des Gemeinderates, die Ihnen zugestellt wurde im April 2011, zur Annahme zu empfehlen. Man muss sagen, die Kommission hat an und für sich nicht sehr viel gebracht, weil die Positionen haben sich nicht gross verändert und es wurde nichts Neues hervorgebracht. Schlussendlich standen sich wirklich die Variante 2001 und die jetzige Variante gegenüber und die Variante 2011 hat knapp gesiegt aber doch mit 2 Enthaltungen.



Nichts desto trotz kann die Kommission eine Empfehlung abgeben und empfiehlt mit 2 : 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen auf diese Vorlage einzutreten.

Eintretensdebatte:

ER Felix Tenger (FDP)

Wenn ich schon am Sprechen bin, dann kann ich auch gleich noch die Meinung der FDP-Fraktion bekannt geben. Wir haben uns ja bereits schon bei der ersten Debatte klar für die Busbevorzugung ausgesprochen, hatten allerdings etwas Mühe mit der Fussgängerüberquerung, besser gesagt ein Teil der Mitglieder hatte Mühe. Wir haben das jetzt nochmals intensiv diskutiert und sind der Meinung, dass wir die Busbevorzugung eigentlich höher gewichten als die Ampel für die Fussgänger und dementsprechend wird die Fraktion der FDP grossmehrheitlich dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

ER Arnold Isliker (SVP)

Wie gesagt, schlauer sind wir nach dieser Kommission nicht geworden. Einwohnerrat Felix Tenger hat es ganz deutlich gesagt, die Buschauffeure sagen, es wäre nützlich, aber nicht erforderlich und zwingend. Anhand der Rechnung und des Budgets muss ich feststellen, dass wir eigentlich auf solche Wünsche verzichten sollten, wenn man festgestellt hat, welche grossen Projekte in der Gemeinde in den nächsten Jahren anliegen. Wir sollten eigentlich nicht Rolls Royce fahren sondern Mittelklasseauto, wenn wir schon auf der Strasse sind und das, welches wünschenswert wäre und machbar ist, trennen. Das Machbare realisieren und das Wünschenswerte auslassen, damit wir unsere Gemeindefinanzen, obwohl es hier "nur" um Fr. 45'000.00 geht, schonen. Ich bin der Meinung auch als Unternehmer, dass wir solche Sachen streichen sollten und sinnvollere Projekte, die noch im Aggloprogramm drinnen sind, realisieren. Ich spreche hier vom Bahnhof am Industrieplatz, dann haben wir Strassensanierungen, die dringend anstehen. Wenn man durch Neuhausen fährt, dann sieht man einige Strassen mit Löchern und im Budget 2011 bin ich dann gespannt, wie hoch dieser Betrag ausfällt, damit wir unser Strassennetz einigermaßen in einem Zustand haben, wo man sagen kann, es ist auch eine Perle wie Gemeinderat Patrick Strasser beim Friedhof sagen kann. Als Sprecher der Fraktion bin ich nach wie vor dafür, dass wir dieses Projekt so lassen und wir lehnen das ab.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Einerseits wird die Variante ohne Fussgängerampel als "light" bezeichnet. Aber es hat sich gezeigt, dass mit grosser Wahrscheinlichkeit diese Variante teurer wäre als die gemeinderätliche Version, weil wir aus dem Agglomerationsprojekt herausfallen. Man müsste es dann neu beantragen und es ist fraglich, ob dann überhaupt noch etwas bezahlt wird, aber bestimmt nicht mehr gleich viel. Es ist ja nämlich auch so, wie es in der gemeinderätlichen Vorlage vorliegt, eine relativ günstige Sache, die eigentlich auch in die Kompetenz des Gemeinderates gehört, aber weil es ja auch eine emotionale Sache zu sein scheint. Dass die Variante "light" nur ungefähr dieser Variante vor 10 Jahren entspreche, da muss ich korrigieren, denn sachlich ist es wirklich genau das gleiche, weil die Sachzwänge gar nicht viel zulassen. Ob wir den Fussgängerstreifen stadteinwärts machen, dann braucht es eine Ampel, weil die Strasse zu eng ist oder man macht ihn dorfauswärts, dann muss man eine Insel machen und dann ist es genau das gleiche wie vor 10 Jahren. Die ÖBS unterstützt die gemeinderätliche Vorlage.



ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Leider wurden wir uns in der Kommission nicht einig, wie bereits erwähnt wurde. Die CVP ist gegen einen Fussgängerstreifen mit Lichtsignalanlage. Wir konnten uns jedoch für eine Busbevorzugung aussprechen, hinsichtlich des vermehrten Verkehrsaufkommens auf der Zollstrasse. Wir erwarten jedoch, wird der Antrag vom Einwohnerrat angenommen, dass die Ampel orange blinken werde und nur für die Busbevorzugung und das Überqueren der Strasse eingeschaltet wird, so wie Gemeindepräsident Stephan Rawyler das auch in der Kommission erwähnt hat. Die CVP ist für Eintreten und wird im Sinne des öffentlichen Verkehrs sich der Stimme enthalten.

ER Priska Weber-Widmer (SP)

Die Kommissionssitzung hat gezeigt, dass die Vorlage des Gemeinderats sehr wohl gut durchdacht ist. Varianten hat es verschiedene gegeben, aber diese ist einfach die Beste. Daher stimmt die SP nach wie vor der Vorlage zu. Günstiger kommen wir nicht und wenn man bedenkt, dass der Verkehr ja zu- und nicht abnimmt, dann würde ein gesicherter Fussgängerstreifen und eine Busbevorzugung an die Zollstrasse gehören.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Ich habe nur noch eine Frage an die Personen, die sich gegen eine Fussgängerampel aussprechen. Wenn wir hier von den Frequenzen sprechen. Der Bus muss hier also ca. 100-mal einfahren. Die Ampel wird also ca. 100-mal auf Rot geschaltet. Ob es dazwischen dann Grün ist oder Orange blinkt, da sehe ich nicht so einen richtigen Unterschied. Für die Fussgängerfrequenzen gibt es keine Zahlen aber soviel ich weiss, sind diese markant tiefer, deshalb verstehe ich nicht, weshalb man so überzeugt für die Busbevorzugung aber gegen eine Fussgängerampel sein kann.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich möchte der Kommission für Ihre Arbeit herzlich danken. Ich denke der Bausekretär Paul Kurer und ich konnten der Kommission aufzeigen, was für Konsequenzen es sind, wenn man eine Trolleybusbevorzugung machen will. Dann wären wir nämlich wieder beim Projekt 2001, gegen das erfolgreich das Referendum ergriffen wurde. Die Argumentation der damaligen Volksabstimmung richtete sich ja damals gegen den Standort des Fussgängerstreifens und nicht gegen die Busbevorzugung und gegen die Lichtsignalanlage. Überrascht bin ich jetzt, was ich gesagt haben sollte bezüglich des Orangeblinkens. Das ist mir völlig neu so etwas. Da war ich offenbar an einer anderen Sitzung. Das habe ich selbstverständlich nicht gesagt, denn an der Hohfluh hat man das versucht und es wurde von den Autofahrern nicht akzeptiert. Dort war die Anlage eine Zeit lang auf Orange blinkend und wurde ausgelöst mit dem Druckgriff. Das wurde von den Autofahrerinnen und Autofahrern nicht akzeptiert. Von dort her gesehen kann ich mir das kaum vorstellen. Wir haben zwar etwas bessere Ergebnisse im Bereich Kreisel Scheidegg. Dort gibt es aber so wenig Verkehr, der nach links abbiegt, dort haben wir das orange Blinken und wenn dann ein Auto hinfährt und in den Charlottenweg einfahren will, schaltet es um. Meines Erachtens ist eben auch die Argumentation der CVP und auch anderer Kreise, die gegen eine Lichtsignalanlage sind, nicht konsistent. Denn wie ist eigentlich die Rechtslage. Wenn der Fussgänger kommt und keine Lichtsignalanlage dort ist, dann hat der Fussgänger Vortritt. Das Auto muss halten. Wenn aber eine Lichtsignalanlage dort ist, dann hat das Auto grün oder rot. Dann haben wir klare Verhältnisse. Die Behauptung, dass wir dort eine ganz tiefe Frequenz haben von Fussgänger, die die Strasse überqueren, dann ist die Lichtsignalanlage ja praktisch immer auf Grün, ausser wenn der Bus einfährt. Das ist eigentlich autofahrerfreundlich. Wenn es aber doch mehr Fussgängerinnen und Fussgänger haben sollte, dann



müssten sie warten, bis das Lichtsignal Ihnen das Recht gibt, die Strasse zu überqueren. Es ist also keine Massnahme, die die Autofahrer irgendwie behindert, eine Schikane oder ähnliches. Der Gemeinderat hat eigentlich das Anliegen der damals siegreichen Referendumsbefürworter aufgenommen. Diejenigen, die damals aus finanziellen Gründen dagegen waren, haben in der Zwischenzeit auch noch Recht bekommen, weil wir nun nur noch einen Bruchteil bezahlen müssen. Insofern bin ich froh, wenn der Einwohnerrat wenigstens mehrheitlich dieser Vorlage zustimmt. Ich gebe zu, in der Kommission war die Begeisterung nicht mit Händen zu greifen, aber auch solche Vorlagen gibt es. Aber ich denke, wir sind trotzdem gut beraten, wenn Sie die Lichtsignalanlage, gesicherten Fussgängerstreifen und Busbevorzugung miteinander machen. Ich möchte Sie nochmals daran erinnern, die Vorlage nur mit einer Busbevorzugung und einem ungesicherten Streifen würde höchstens zu einer Verbesserung von Fr. 12'000.00 bis Fr. 15'000.00 führen. Wir tragen aber dort das Risiko, wie es Einwohnerrat Lenz Furrer gesagt hat, dass wir aus dem Agglomerationsprogramm herausfallen würden, dann müssten wir den ganzen Betrag zahlen. Also auch aus ökonomischen Gründen habe ich Mühe das nachzuvollziehen. Ich danke Ihnen aber für Ihr Interesse, das Sie dieser Vorlage entgegenbringen.

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich komme nochmals auf meine Interpellation, die ich eingereicht habe. Dort habe ich gefragt, ob das dann nicht eine präjudizierende Wirkung hat. Ich bin fast der Überzeugung, dass wir bis in 5 oder 10 Jahren an der Zollstrasse eine grüne Welle haben, dass wir an jedem Fussgängerstreifen dann eine Ampel haben. Das ist ein gleicher Effekt wie mit der 30-er Zone. Es gibt berechnete Zonen, wo man eine 30-er Zone einführt, aber ein Neubergquartier, wo man mit dem Auto absolut nicht mehr als mit 30 durch diese Quartiere fahren kann. Das ist dann z.T. auch einfach eine Sachzwängerei, das die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall viel Geld kostet. Es sind sowieso nur diese, die dort wohnen, die meistens zu schnell fahren. Diese kommen ja auch regelmässig in eine Kontrolle und werden dann auch gebüsst. Man muss sich einfach fragen, was wollen wir? Ich möchte das einfach nochmals in die Waagschale werfen.

ER Peter Gloor (SP)

Ich gebe zu, dass ich an vorderster Front gegen diesen ersten Fussgängerstreifen gekämpft habe. Jetzt ist er am richtigen Ort. Alle vom Langrietweg gehen den Töbeliweg runter und dann zum Rigiweg. Das ist die gesicherte Variante, die wir jetzt haben. Im Übrigen darf ich das jetzt sagen, ich habe die Grundrisse mal so aufs Bauamt gegeben nach der Abstimmung. Wir kritisieren nicht nur, wir bringen auch konstruktive Vorschläge. Deshalb bitte ich Euch, auch mal etwas fürs Oberdorf zu machen nicht nur fürs Ortszentrum und dieser Vorlage, die jetzt wirklich stimmt, so zuzustimmen.

Keine Detailberatung.

Antrag:

Für die Sanierung des Knotens Zollstrasse/Töbeliweg/Brunnenwiesenstrasse (Fussgängerstreifen mit Lichtsignalanlage und Lichtsignalanlage für Busbevorzugung) wird ein Bruttokredit von Fr. 140'000.00 inklusive Mehrwertsteuer bewilligt. Der Kredit basiert auf dem Stand des Zürcher Baukostenindex vom 1. April 2003 und verändert sich gemäss diesem.

Der Antrag wird mit 12 : 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 4 Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Abwassergebühr

Keine Detailberatung.

Antrag:

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von diesem Bericht.

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von diesem Bericht.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 5 Postulat Rolf Forster (SVP): Raserei auf der Brunnenwiesenstrasse

Wegen fortgeschrittener Zeit wird dieses Traktandum auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

TRAKTANDUM 6 Interpellation Felix Tenger (FDP): Stromsparen bei der Strassenbeleuchtung

Wegen fortgeschrittener Zeit wird dieses Traktandum auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

TRAKTANDUM 7 Interpellation Willi Josel (SVP): Amtsvormundschaft reformieren?

Wegen fortgeschrittener Zeit wird dieses Traktandum auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

TRAKTANDUM 8 Interpellation Rita Flück Hänzi (CVP): Attraktiviertes und verschönertes Ortszentrum

Wegen fortgeschrittener Zeit wird dieses Traktandum auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.



ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Einwohnerrätin Priska Weber ist heute das letzte Mal im Einwohnerrat als Einwohnerrätin. Sie wurde im Herbst 2004 als Einwohnerrätin gewählt. Sie ist also seit 2005 im Rat und wurde an Ihrer 1. Sitzung am 6. Januar 2005 in die RPK gewählt. Aus familiären Gründen verabschiedet sie sich heute von uns. Vielleicht ändern diese Gründe auch mal wieder auf die andere Seite, dann können wir sie hier vielleicht wieder begrüßen. Wir verlieren mit ihr eine freundliche, pflichtbewusste und engagierte Ratskollegin. Wir haben das auch immer wieder an ihren Voten gemerkt, die immer voller Herzblut sind für das, was sie vorgetragen hat. Im Namen des Einwohnerrates danke ich Priska Weber für ihren Einsatz für unsere Gemeinde und wünsche ihr und ihrer Familie für die Zukunft alles Gute.

ER Priska Weber-Widmer (SP)

Ich sage auch auf Wiedersehen und vielen Dank, dass Sie mich 2005 wohlwollend im Einwohnerrat aufgenommen haben. Ich wünsche Euch allen weiterhin rege aber faire Diskussionen und Verhandlungen. Meine Ziele haben sich einfach anders gerichtet. Vielen herzlichen Dank.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Wir treffen uns zur nächsten Sitzung am 25. August 2011. Die Sitzung ist somit geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Christian Schwyn
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin